

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Waldemar Besson
Geschichte als politische Wissenschaft
(siehe Seite 585)

HANS MOMMSEN

Politische Wissenschaft und Geschichtswissenschaft

Problematik der „Gemeinschaftskunde“ in der Sicht der Historie und Politischen Wissenschaft

Die grundsätzliche Problematik des Faches „Gemeinschaftskunde“ — oder wie immer der in der Saarbrückener Rahmenvereinbarung angestrebte Gesamtunterricht in den historisch-politischen Fächern bezeichnet werden mag — kann nicht nur unter pädagogisch-didaktischen und politisch aktuellen Gesichtspunkten erörtert werden, auch wenn sie zunächst im Vordergrund stehen. Es ist darüber hinaus zu fragen, wie sich die Problematik des neuen Faches vom Standpunkt der beiden hier vornehmlich angesprochenen Universitätsdisziplinen — der Historie einerseits, der Politischen Wissenschaft andererseits — darstellt. Die Rückwirkungen, die von der Verwirklichung der Saarbrückener Rahmenvereinbarung auf die praktische Organisation des wissenschaftlichen Lehrbetriebs in den beiden Fächern ausgehen

müssen, sind dabei erst in zweiter Linie zu betrachten, obgleich es sich hier wohl nicht nur um die Frage zweckmäßiger akademischer Abschlußprüfungen handelt. Es scheint vor allem notwendig zu sein, sich über das methodische Selbstverständnis beider Wissenschaften zueinander klar zu werden. Denn anders ist wohl eine begründete Beurteilung des gegeneinander abzuwägenden didaktischen Wertes der beiden Disziplinen für unsere Schulen und für die politische Bildung überhaupt nicht zu erreichen. Anders würde auch die in der Rahmenvereinbarung vorgesehene Kombination der beiden Fächer in den Primen unserer Gymnasien ein äußerliches Richtlinienprodukt bleiben und ein Notbehelf, dem alle Anzeichen des Provisoriums anhaften.

Kein geschlossenes Welt- und Geschichtsbild im Westen

Es ist auf dieser Tagung darauf hingewiesen worden, daß die Saarbrückener Rahmenvereinbarung unbestreitbar ein Werkzeug der Politik sei, und daß nach ihr die Anforderung der Fachverbände gegenüber den grundsätzlichen politischen Aufgaben unseres Bildungswesens zurückstehen müßten. Gegen eine solche Auffassung erheben sich mancherlei Bedenken. Vor allem wird man sagen müssen, daß es fragwürdig ist, wenn unser Bildungswesen einseitig aus der Situation totalitärer Bedrohung richtunggebende Impulse empfangen soll. Daß die totalitären Systeme des Ostens — zugleich aber auch die der modernen industrialisierten Gesellschaft

inneliegenden Tendenzen zu anonymer Funktionalisierung und Apparatisierung — eine sehr ernst zu nehmende Herausforderung darstellen, ist unbestritten. Aber diese Herausforderung kann nur darin bestehen, daß beide Wissenschaften alles tun, um ihr eigenstes Wesen zu entfalten, nicht aber darin, daß sie sich möglicherweise fremden Gesetzen fügen. Es ist davon die Rede gewesen, daß die deutsche Geschichtswissenschaft der östlichen, die diesen Namen nur mit größtem Vorbehalt verdient, nichts Gleichwertigeres an die Seite zu stellen habe. Derartige Äußerungen legen die Vermutung nahe, daß es hier darum ginge, in einer einseitigen Kampfstellung gegen die totalitäre Bedrohung des Ostens, eine Art demokratisches Konterfei der jenseits der Mauer durch terroristische Mittel zementierten Gesellschaftswissenschaften zu begründen. Dem gegenüber wird man das Grundprinzip westlicher Wissenschaft und Bildung betonen müssen, das eben darin besteht, daß sie aus sich selbst ihre Gesetzlich-

keit empfängt und — wie wir glauben — gerade darin ihren spezifischen Auftrag in der modernen bildungsarmen Gesellschaft hat. Es ist angedeutet worden, daß die Eigengesetzlichkeit und der spezifische Bildungssinn der Geschichte nirgends recht ausgefüllt seien, daß also Klarheit darüber fehle, was mit dem Bildungswerk der Geschichte eigentlich gemeint sei. Es scheint sich bei den Kulturpolitikern, wenn man die Ausführungen auf dieser Tagung betrachtet, die Vorstellung festgesetzt zu haben, als sei es möglich, ein Welt- und Geschichtsbild der kommunistischen Ideologie entgegenzusetzen, das ähnlich fest abgerundet und geschlossen ist. Man hat den Eindruck, als bestünde die Vorstellung, daß die Geschichte dies allein nicht zu leisten vermöge, daß sie vielmehr — befangen in einem relativistischen Historismus — vor dieser Aufgabe notwendig versagen müsse und daß es daher darauf ankomme, durch eine Kombination mit der politischen Disziplin die Aufgabe zu erfüllen, dem Schüler und Studenten ein klares und präzises Normensystem zu vermitteln, welches ihm einen festen Stand in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus gibt. Wir meinen, daß in dieser Beziehung etwas zu schwarz gemalt wird und daß durch eine „Rettet die Freiheit“-Gesinnung die geistige Bedrohung durch den Kommunismus als ein überdimensionales trojanisches Pferd hingestellt wird, wobei die Kraft unserer freiheitlichen Bildungstradition recht eigentümlich unterschätzt ist. Die viel zitierten „übergreifenden geistigen Gehalte“ sollen das Vakuum füllen, das sich angeblich im Westen ausgebreitet hat. Es bedarf denen gegenüber keiner ausführlichen Begründung, daß gerade die Geschichte ihrem Wesen nach mit übergreifenden geistigen Gehalten zu tun hat, daß sie, nach der berühmten Formulierung Huizingas, die geistige Form ist, in der sich eine Kultur über ihre Vergangenheit Rechenschaft ablegt. Käme es darauf an, nur übergreifende geistige Gehalte in diesem Sinne zu vermitteln und nicht konkretes politisches Orientierungswissen, würde die Diskussion über das Fach Gemeinschaftskunde erst gar nicht aufgetreten sein.

Zuerst als Vortrag gehalten in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing auf der Arbeitstagung über „Politische Bildung in der Oberstufe der Höheren Schule“. Der Vortrag stellt eine unter dem Gesichtspunkt der Saarbrückener Rahmenvereinbarung veränderte und gekürzte Fassung des in Heft 4/1962 der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte erschienenen Aufsatzes des Verf. dar. Deshalb kann hier von Literaturhinweisen und Anmerkungen abgesehen werden.

Geschichte ist Reflexion der Vergangenheit

Was indessen bei der bisherigen Erörterung des Problems nur unzulänglich bedacht erscheint, ist die Frage, ob nicht Geschichte und Politische Wissenschaft — denn die Geographie kann als mehr oder minder informatives Fach aus dieser Problematik ausgeklammert werden — einfach überfordert sind, wenn man ihnen zur Aufgabe setzt, ein verbindliches Normensystem den Schülern und Studenten zu vermitteln. Bevor man den Verdacht auf sich zieht, eine Art Parteilichkeit des Bildungswesens für die Demokratie oder für die Werte westlicher Lebensformen überhaupt zu wünschen, wird man sich füglich darüber klar werden müssen, was Geschichte als Wissenschaft und was Politik als Wissenschaft in dieser Beziehung überhaupt leisten können, sofern man an ihrem Wissenschaftscharakter festhält, und es wird zu fragen sein, ob die prinzipielle Offenheit der Geschichte, ob ihre Aspekthaftigkeit nicht gerade entscheidend wert-

voll ist, indem sie dadurch jede dogmatisierte Geschichtsschematik entlarvt und damit die Ausnutzung der Geschichte durch totalitäre Herrschaftssysteme potentiell verhindert. Jedenfalls unterscheidet sich das westliche Denken vom östlichen darin grundlegend, daß es Geschichte in diesem Sinne gibt und daß es möglich ist, geschichtliche Vorgänge zu betrachten, ohne sie gleich dem Schema gegenwärtig politisch relevanter Wertsysteme zu konfrontieren. Anders gesagt, daß Geschichte geistige Reflexion der Vergangenheit, nicht aber die Reflexion von Zukunftsentwürfen in die Vergangenheit — wie im kommunistischen System — darstellt. Geschichte und geschichtlicher Sinn sind so Grundbedingungen eines freien westlichen Denkens, und es wäre verfehlt, würde man durch das Fach Gemeinschaftskunde den Aushöhlungsprozeß, dem das historische Denken in der modernen Welt unterworfen ist, noch unterstützen.

Der Prozeß der Veränderung, dem unser traditionelles Bild von der Geschichte unterworfen ist, zeigt sich auf das deutlichste in der Forschung selbst. Die Politische Wissenschaft beeinflusst heute Thematik, Methodik und Fragestellungen der historischen Arbeit in hohem Maße. Eine Fülle von Begriffen, Typen und Modellen, die ursprünglich von der Politischen Wissenschaft entwickelt worden sind, hat in den historischen Disziplinen Eingang gefunden. Die Unterschiede beider Disziplinen scheinen, gerade was die neueste Geschichte angeht, sich mehr und mehr zu verwischen. Gleichwohl bedarf die Übernahme eines stärker systematisch geprägten Begriffsapparats durch die Historie einer bewußten methodischen Kritik, damit nicht anfängliche Befruchtung zur Überfremdung und damit zur Sterilität führt.

Diese Erwägungen zeigen, daß es notwendig ist, die methodische Eigenart der Geschichtswissenschaft im Verhältnis zur Politischen Wissenschaft neu zu bestimmen. Andererseits wird aber die Politische Wissenschaft aus der Konfrontation mit der Historie Kategorien und Gesichtspunkte gewinnen können, die maßgeblich zur Klärung ihres methodischen Selbstverständnisses beitragen und ihre Stellung innerhalb der Wissenschaften bestimmen lassen. Auf dem Hintergrund der Verschiedenheit werden die Gemeinsamkeiten von Politik und Historie und damit die Bedingungen ihrer gegenseitigen Befruchtung deutlich werden.

Bildungswert der Geschichte ist in Frage gestellt

Auch unter diesen Gesichtspunkten ist es notwendig und angemessen, das Selbstverständnis von Politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft zu untersuchen und der Frage nachzugehen, inwieweit sie zur geistigen Klärung der Position des Westen beitragen können. Schon der Umstand, daß die Abgrenzung und die Beziehungen zwischen Politischer Wissenschaft und Historie im Nachkriegsdeutschland noch keine eingehende Behandlung gefunden haben, deutet an, daß die Bestimmung des methodischen Selbstverständnisses beider Disziplinen und im Zusammenhang damit ihres eigentümlichen Bildungsauftrages noch nicht zu hinreichender Klarheit gelangt ist. Gerade auf dem Grenzsaum beider Wissenschaften, dem Arbeitsgebiet der Zeitgeschichte, bedarf es präziser Distinktionen, wenn nicht Methodenwirrnisse um sich greifen soll. Die Festlegung der im exemplarischen Unterricht bevorzugt zu bearbeitenden historisch-politischen Problemkreise kann nicht ohne Berücksichtigung der spezifischen methodischen Schwerpunkte beider Fächer vor sich gehen. Die Herausarbeitung der jeweiligen Eigenart beider Disziplinen ermöglicht zugleich erst wirkliche gegenseitige Befruchtung, die auf einer Durchdringung, nicht auf einer Vermengung wesensverschiedener Fragehorizonte beruht.

In der Tat ist das Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft in Deutschland in dem Maße einer Veränderung unterworfen, als sich die Politische Wissenschaft ihr gegenüber durchsetzt und mit dem Anspruch auftritt, für die praktische Daseinsorientierung des modernen vergesellschafteten Menschen und für die Bewahrung seiner persönlichen Freiheit unentbehrlich zu sein. In der zunehmenden Aktivität der Politischen Wissenschaft deutet sich eine

Abkehr vom seitherigen politisch-historischen Denken an, wie es von der großen politischen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts geprägt ist. Die früher unbestrittene Hochschätzung des Bildungswertes der Geschichte ist in einem Rückgang begriffen, indem sich eine in vieler Hinsicht empirisch verfahrenende politische Forschung an die Stelle der Historie setzt.

Entfremdung mit dem Durchbruch des Historismus

Der Aufstieg der Politischen Wissenschaft stellt für die Geschichtswissenschaft eine Herausforderung dar, ihre bisherige methodische Grundhaltung zu überprüfen. Indessen gehen die wiederholten Behandlungen des alten Themas „Geschichte und Politik“ auf die Tätigkeit der Politischen Wissenschaft nur am Rande ein, während die Bedeutung der Soziologie unter sozialgeschichtlichem Gesichtspunkt lebhaft erörtert worden ist. Insbesondere verdient die Frage Aufmerksamkeit, inwiefern sich die Bestrebungen der Politischen Wissenschaft, zu einer umfassenden Systematik des politischen Verhaltens und der politischen Prozesse zu gelangen, für den Arbeitsbereich der Geschichte fruchtbar machen lassen. Denn eine Geschichtsforschung, die jeden Ansatz zu einer umfassenden Lehre von der Politik leugnet, wird an der historischen Bewältigung der für unsere politisch-soziale Situation existentiellen Fragen vorbeigehen müssen.

Es gehört zur Eigenart der deutschen Entwicklung, daß Historie und Politik als Wissenschaft getrennte Wege gegangen sind, und das nicht allein wegen der Zersplitterung der geisteswissenschaftlichen Disziplinen unter dem Einfluß des Positivismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Vielmehr vollzog sich die Ent-

fremdung zwischen beiden Fächern recht eigentlich mit dem Durchbruch des Historismus. Die Betonung der Einmaligkeit und Konstellationsbedingtheit geschichtlicher Vorgänge richtete sich nicht nur gegen die Versuche, Geschichte als Gesetzeswissenschaft im Sinne Karl Lamprechts zu betreiben, sondern auch gegen die klassische liberale Historie, die die Trennung zwischen generalisierender politischer Theorie und geschichtlicher Darstellung nicht gekannt hatte. Indem die Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts die Fesseln von sich abstreifte, die ihr Staatslehre und Politik angelegt hatten, vollzog sich die Abwertung der Lehre von den „Politica“ zu einer reinen Staatsverwaltungslehre und Staatsökonomie. In Leopold von Ranke's Berliner Antrittsvorlesung, die unter dem hier zu erörternden Thema „Über die Verwandtschaft und den Unterschied der Historie und der Politik“ stand, wurde der Gegensatz zwischen historischem Denken und politisch-theoretischen Auffassungen deutlich hervorgehoben. Ranke war überzeugt, daß die Politik die Historie zur Grundlage habe: „Denn da es keine Politik gibt als die, welche sich auf eine vollkommene und genaue Kenntnis des zu verwaltenden Staates stützt — eine Kenntnis, die ohne ein Wissen

des in früheren Zeiten Geschehenen nicht denkbar ist —, und da die Historie eben dieses Wissen entweder in sich enthält oder doch zu umfassen strebt, so leuchtet ein, daß auf diesem Punkt beide auf das innigste verbunden sind“. Der von Ranke erhobene Anspruch, daß der historischen Erfahrung der Primat bei der politischen Urteilsfindung gebühre, erhielt seine Zuspitzung durch die dahinterstehende Geschichtstheologie. Für Ranke war Geschichte weniger das Resultat frei und selbstverantwortlich handelnder Individuen als die Verwirklichung überpersönlicher, realgeistiger Tendenzen. In der idiographischen Methode des Historismus war für eine generalisierende politische Theorie kein Raum. Es bedurfte in Deutschland erst des Aufstiegs der Sozialwissenschaften, um die Erkenntnis vorzubereiten, daß Politik als Lehre von den politisch-gesellschaftlichen Gestaltungen und deren normativer Grundlegung eigene Methoden und Verfahren verlangten und daß sie nicht von der Geschichtswissenschaft treuhänderisch verwaltet werden konnten. Diese Erkenntnis ist von der deutschen Geschichtsforschung unter dem Einfluß des Historismus geradezu hintangehalten worden. Sie trachtete förmlich danach, ihre Sachverständigkeit für Fragen der Politik zu monopolisieren. Nicht zuletzt unter dem Einfluß des restaurativen Grundzugs der Ranke'schen Geschichtskonzeption erstarrte die deutsche Historie in seiner Nachfolge trotz der Fruchtbarkeit der Einzelforschung in einer zu eng gewordenen preußisch-deutschen oder national-liberalen Staatsideologie. Die fruchtbare Verhältnissetzung von Geschichte und Politik mußte verkümmern, weil ihr eine Auffassung des Politischen zugrunde lag, die Politik vollständig mit dem Staatshandeln gleichsetzte. Daher war es möglich, daß sich die Tendenz zur Staatengeschichte weitgehend durchsetzte und sich in der Lehre vom Primat der äußeren Politik als einer Art historischen Grundgesetzes verdichtete. Maßgebend für diese Entwicklung war einerseits das Individualitätsaxiom, das ursprünglich den Gesichtskreis der Historie von spekulativen und moralisierenden Schemata gereinigt hatte, aber nicht davor geeignet war, in eine restaurative Verherrlichung des deutschen Machtstaates umzuschlagen. Zum anderen stand die deutsche Geschichtsschreibung im Banne der romantischen Identitätsphilosophie, die an die Stelle des Aufsteigens vom Besonderen zum Allgemeinen die verborgene Identität beider setzt. Dies beförderte die Neigung, die Konflikte und Spannungen in der jüngeren deutschen Geschichte unzulässig zu harmonisieren; das gilt im besonderen für die kleindeutsche Schule. „Die Symbiose von Geschichte und Politik“, von der Friedrich Meinecke in bezug auf die deutschen liberalen Historiker des 19. Jahrhunderts gesprochen hatte, ist mit dem Fortgang des Jahrhunderts immer mehr verkümmert. Der Anspruch politischer Geschichtsschreibung leistete geradezu einer Einengung des politischen Blickfeldes Vorschub.

Vernachlässigung innenpolitischer Probleme vor 1914

Die deutsche Geschichtsforschung des ausgehenden 19. Jahrhunderts unterlag in gewisser Hinsicht einem Prozeß der Entpolitisierung. Das mutet merkwürdig an, wenn man bedenkt, daß die deutschen Historiker sich damals leidenschaftlich mit den Lebensfragen der Nation beschäftigten und sich für die imperialistischen Zielsetzungen in der Zeit vor 1914 namhaft einsetzten. Sie entfernten sich dabei von den grundlegenden innenpolitischen Problemen, die mit dem Begriff der nicht durchgesetzten „inneren Reichsgründung“ umschrieben werden können. Die Grundspannung der deutschen Verhältnisse im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zwischen politischer und gesellschaftlicher Verfassung ist daher von der Historie weitgehend vernachlässigt worden. Lorenz von Stein war für sie ebenso Außenseiter wie später Max Weber, als er die innere Verfassung des Bismarck-Reiches einer unnachsichtigen Kritik unterzog, und ähnlich gilt dies für Friedrich Meinecke und Ernst Toeltsch, als sie sich 1918 auf die Seite der Republik stellten. Auch am Beispiel Heinrich von Treitschkes zeigt sich der politische Substanzschwund der kleindeutschen Schule, obwohl er der politisch am stärksten engagierte und wohl auch am meisten profilierte Vertreter derselben gewesen ist. Von seiner streitbaren Geschichtsschreibung führte kein Weg zu einer empirisch orientierten Politischen Wissenschaft, wie sie bereits im Westen zu klassischer Höhe aufstieg. Insofern wird man das harte Urteil Ludwig Dehios, daß die deutsche Historie der Weimarer Zeit die Konsequenzen aus der Niederlage des

ersten Weltkrieges zu ziehen versäumt habe, auch nach der innenpolitischen Seite ergänzen müssen. Denn die Geschichtsschreibung tat nichts, um die Ausbreitung der Dolchstoß-Legende zu verhindern, und sie vermochte nicht, ein Verständnis für die veränderten gesellschaftlich-politischen Bedingungen der modernen industriellen Arbeitswelt zu vermitteln. Die weiterhin „nationalen“ Geschichtsbücher verdeckten ein Vakuum politischen Denkens, und die Geschichtsschreibung trug nicht wenig dazu bei, die Neigung des deutschen Bürgertums, Politik im mythischen Lichte zu sehen, lebendig zu erhalten.

Das Vakuum politischer Wertvorstellungen, das durch die Historisierung verdeckt worden war, bildete den Nährboden für formalistische und aktivistische politische Ideologien nach Art der Theorie Carl Schmitts von der Politik als einem Freund-Feind-Verhältnis. Die Geschichtswissenschaft hat — nicht als einzige unter den Wissenschaften — politisch versagt, gerade weil sie sich des Zusammenhanges von Politik und Geschichte zu sicher war. Die historische Erfahrung lehrt, daß die Historie auf das Korrektiv einer politischen Forschung nicht verzichten kann, die die „Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände“ zurückführt, d. h. durch empirische Analyse des politischen Verhaltens und der politisch-sozialen Funktionalismen ein Abgleiten in utopische Zielsetzungen verhindert und die normativen Grundlagen politischer Urteile systematisch zu fassen sucht.

Politische Wissenschaft zwischen Historie und Sozialwissenschaften

Angesichts der bis heute nachwirkenden Aversion der Geschichtswissenschaft gegen ein System der Politik war es natürlich, daß die in Deutschland als akademische Disziplin junge Politische Wissenschaft auf den methodologischen Erfahrungsschatz der Geschichtswissenschaft kaum zurückgegriffen hat. Das lag auch deshalb fern, weil für sie im Vordergrund die Auseinandersetzung mit der positivistisch orientierten Strömung des „behaviourism“ und der „policy science“ stand. Es mußte der neuen Disziplin darum gehen, den Anspruch der Wissenschaftlichkeit zu behaupten, ohne auf die schiefe Ebene der von Max Weber postulierten Wertfreiheit zu gelangen. Zum anderen stand für sie das Bedürfnis im Vordergrund, sich gegen eine kryptototalitäre Deutung des Politischen nach der Art Carl Schmitts zur Wehr zu setzen. Erst neuerdings bemüht sich die Schule Arnold Bergstraessers um eine Konzeption der Politischen Wissenschaft, die bewußt an die historisch-soziologische Tradition des deutschen Staatsgedankens anknüpft. Die Politische Wissenschaft nimmt daher nach einer Periode stärkster Beeinflussung durch die empirischen Sozial-

wissenschaften die ältere politikwissenschaftliche Tradition neu auf, die sich an die Namen Robert von Mohl und Lorenz von Stein anknüpft. Die Entwürfe Hermann Hellers und Hans Kelsens kommen zu neuem Recht; insbesondere vermag Hellers „Staatslehre“ Grundlegendes zu dem Problem der Abgrenzung der Politischen Wissenschaft von den Sozialwissenschaften auszusagen. Die Bedeutung der historischen Methode ist in dieser Auseinandersetzung mit der Sozialforschung bislang zu wenig hervorgehoben worden. Was wir von der Historie behauptet haben, daß sie ihren Aufgaben nicht gerecht wird, wenn sie jeden systematischen Ansatz zu einer Lehre der Politik leugnet, gilt umgekehrt von der Politischen Wissenschaft, die auf eine individualisierende historische Methode nicht verzichten kann. Hermann Heller, den man als Vater der Politischen Wissenschaft in Deutschland bezeichnen kann, hat dieses Problem aufgeworfen, indem er den Gegenstand der Politischen Wissenschaft vorwiegend im Bereich der autonomen politischen Entscheidungen erblickte: „Nicht alles Politische, ja nicht einmal alles Staatliche, ja sogar nicht einmal jede

Staatstätigkeit gehört in den Kreis der Probleme", den die Politische Wissenschaft als Spezialdisziplin behandelt. Hellers Postulat einer Strukturwissenschaft war das gerade Gegenteil einer bloß deskriptiv-analytischen Lehre von

der Politik. Es ging ihm darum, die Politische Wissenschaft von der bloß sozialwissenschaftlichen Betrachtungsweise zur Analyse des eigentlichen politischen Entscheidungshandelns hinzu lenken.

Politisches Interesse und historisches Interesse sind gleichartig strukturiert

Ähnlich hat Karl Mannheim im Anschluß an Schäffles Unterscheidung von „laufendem Staatsleben“ und „Politik“ die politische Entscheidung in dem irrationalen Spielraum angesiedelt, der im Gegensatz zum rationalisierten Gefüge der Gesellschaft autonomes, auf persönlicher Entscheidung beruhendes politisches Handeln zuläßt. Das ist insofern zu eng gefaßt, als das Gefüge selbst Gegenstand der politischen Forschung sein kann und muß. Aber diese Entgegensetzung macht deutlich, daß es die Politische Wissenschaft im Unterschied zur Soziologie und den ihr verwandten sozial-wissenschaftlichen Zweigen eben mit dem Spannungsfeld zu tun hat, das sich zwischen dem Entscheidungshandeln von Individuen und Gruppen und den vergleichsweise starren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ideologischen und politisch-staatlichen Strukturen erstreckt. In der Orientierung der Politischen Wissenschaft auf das politische Entscheidungshandeln ist sie auf das engste mit der Historie verbunden. Beide Disziplinen haben zentral mit der Analyse und Beschreibung individueller Willenshandlungen und individueller Motivationen zu tun. Die Politische Wissenschaft trifft ständig auf das Problem, wie individuelle Akte der politischen Willensbildung sich innerhalb von nur langsamer Veränderung unterworfenen gesellschaftlichen Strukturen und relativ konstanten historischen Entwicklungstendenzen auswirken. Soziologische Strukturanalyse und Erforschung der Herrschaftsgefüge können der Politischen Wissenschaft nicht Selbstzweck sein, sondern dienen der Feststellung der Bedingungen, unter denen politisches Handeln möglich und sinnvoll ist. Es ist geradezu einer der Gründe ihre Existenz als selbständige Disziplin, daß sie die Aufgabe hat, die Unüberschaubarkeit des politisch-sozialen Gesamtgefüges so zu durchdringen, daß die Momente spontanen oder vorbereiteten politischen Willens erkennbar werden, und daß sie dieses Wollen daraufhin analysiert, ob es genuinen politischen Leitbildern entspringt, oder ob es bloß Anpassung einer vorgegebenen Interessenlage an sich verändernde politisch-soziale Bedingungen darstellt. Die vielkritisierte Apparatisierung im politischen Leben wie die Umgehung politischer Entscheidungen durch Juridifizierung politischer Materien oder durch die Einschaltung von Fachgremien fordern die ständige Analyse der verborgenen politischen Antriebe durch die Politische Wissenschaft heraus und sie wird gestaltet einer scheinbaren Versachlichung und „Entpolitisierung“ der Politik entgegenwirken müssen.

Die Verwandtschaft von Politikwissenschaft und Historie scheint unter diesem Gesichtspunkt

evident. Die erwähnte Spannung zwischen politischem Wollen und präformiertem politischem Gefüge stellt im gleichen Sinne auch das Lebenselixier der historischen Forschung dar, die aus diesem Grunde zäh am Individualitätsaxiom festhält. Es will scheinen, als sei das politische

Interesse gar nicht anders strukturiert als das historische Interesse auch, wenn man einmal davon absieht, daß sich die Geschichte als prozeßhaftes Nacheinander, die Welt der Politik als Fülle von nebeneinander angeordneten und einander überschneidenden Sozial- und Herrschaftsgebilden darstellen. Politik und Geschichte ereignen sich überall dort, wo der Wille konkreter Individuen und Gruppen aktiv auf einer Veränderung der sozialen Umwelt gerichtet ist. Dieser Wille ist nichts Abstraktes und ist auch nicht einfach Überbau wirtschaftlicher und soziologischer Faktoren, sondern gegenständliches individuelles Wollen. Dies ist — wenn man den problematischen Versuch überhaupt machen will, den Gegenstand der Politischen Wissenschaft formal zu definieren — ihr eigentlicher Bereich.

Frage der Zulässigkeit von Werturteilen

Wenn es sich so verhält, daß Geschichtswissenschaft und Politische Wissenschaft in gemeinsamer Frontstellung gegen die empirische Sozialforschung auf eine individualisierende Betrachtungsweise nicht verzichten können, ergibt sich als zentrales Problem die Frage der Zulässigkeit von Werturteilen und deren normativer Grundlegung. Die innerhalb der Politischen Wissenschaft geführte Werturteilsdiskussion ist im Grunde aus den ihr von Max Weber und Carl Schmitt vorgezeichneten Bahnen trotz aller Bemühungen noch nicht wirklich hinausgelangt. So hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß

ein wertneutraler Ansatz im Sinne der von Max Weber postulierten Wertfreiheit oder des modernen Neopositivismus verfehlt ist, da sich die Politische Wissenschaft nicht auf die wertfreie Analyse der Herrschaftstechniken und politischen Funktionalismen in der modernen Gesellschaft beschränkt, sondern zur wertenden Beurteilung der politischen Entscheidungen vordringt. Aber die Tendenz, wertneutrale Vorstellungen weiterzuschleppen, läßt sich in verschiedenen Ansätzen, Politik formal als „das umfassende Handeln in allen öffentlichen Angelegenheiten“ zu definieren, deutlich erkennen.

Politik ist nicht wesentlich Technik der Macht

Dies gilt insbesondere für die Richtung, die Politik wesentlich als „Technik des Machterwerbs und der Machtbehauptung“ auffaßt und die ihren vornehmsten Vertreter in Max Weber besessen hat. In „Politik als Beruf“ definierte er Politik als „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt.“ Diese machtorientierte Betrachtungsweise wird von der Mehrzahl der ausländischen politischen Theoretiker, aber auch in Deutschland vertreten. Die Thesen der deutschen Hochschulen für Politik heben hervor, daß es die Politische Wissenschaft „insbesondere mit dem Erwerb, dem Gebrauche, dem Verbrauch der Macht“ zu tun habe. Der Errichtung einer politikwissenschaftlichen Systematik auf der Basis des Machtbegriffs ist jedoch neuerdings scharf widersprochen worden. Wilhelm Hennis erklärte, damit werde die Politische Wissenschaft zu einer Lehre von den Techniken der Politik erniedrigt. Arnold Bergstraesser machte geltend, daß damit eine künstliche Einengung ihres Blickfeldes auf das Machtphänomen vollzogen werde; sein Schüler Kurt Sontheimer urteilte, daß man „die Wissenschaft von der Politik auf eine Trivialität gründen würde, wollte man sie auf die Kategorie der Macht als ihrem entscheidenden Begriff fundieren“. Arnold Brecht hat

darüber hinausgehend den Begriff der Macht als „adäquate Grundeinheit der Politischen Theorie“ überhaupt geleugnet.

In der Tat verfährt eine bloß machtorientierte Politische Wissenschaft nominalistisch im Sinne der Weber'schen Werturteilsfreiheit auch dann, wenn sie versucht, den Machtbegriff mit Wertbegriffen, wie etwa dem Begriff der Kultur, zu kombinieren. Macht ist eine amorphe Größe, die sich jeder Einordnung in ein werthafes System entzieht. Man wird daher auch den Gegenstand der Politischen Wissenschaft nicht erfassen, wenn man an die Stelle des Machtbegriffs die Begriffe des Potestas und der Auctoritas oder die Begriffe Herrschaft und Ordnung setzt. Die unbefriedigendste Seite der machtorientierten Theorie besteht darin, daß ihr Formalismus nicht gestattet, die Frage nach den Aufgaben der Politik hinreichend zu beantworten und daß sie nicht in der Lage ist, zu wirklich relevanten Aussagen vorzudringen. Das Beispiel der Historie vermag diesen Sachverhalt deutlich zu machen. Schon Arnold Brecht wies bei seiner Kritik des Machtbegriffs auf die Machtverherrlichung der kleindeutschen Historie hin. Sie fand ihre theoretische Zuspitzung in der für die deutsche Geschichtsschreibung des ausgehenden 19. Jahrhunderts charakteristischen Entgegensetzung von „Realpolitik“ einerseits

und liberaler Prinzipienpolitik andererseits. Der von August Ludwig von Rochau 1853 aufgebrachte Begriff der „Realpolitik“, der die begeisterte Zustimmung Heinrich von Treitschkes fand, trat alsbald seinen Siegeszug in der deutschen Historie an und führte zu einer Verkenning der politischen Realitäten. Sie stand im Zusammenhang mit der politischen Desillu-

sionierung des deutschen Bürgertums seit dem Scheitern des Liberalismus und mündete in eine Überbewertung, ja in eine Mythisierung des Machtfaktors. Das läßt sich am Beispiel der Geschichtsschreibung erhärten, die in Deutschland vielfach bestrebt war, Geschichte unter dem Aspekt der Machtbildung darzustellen. Wie wenig eine solche Interpretation der Geschichte,

aus der — um mit Jacob Burckhardt zu urteilen — alle spezifischen Kulturwerte als belanglos oder als Überbau eliminiert werden, zu konstruktiven Resultaten fähig ist, zeigen hinlänglich die Versuche, Weltgeschichte als Machtgeschichte zu schreiben. Es bedarf keines näheren Hinweises auf die Irrtümer realpolitischer Geschichtsschreibung in der Bismarck-Forschung.

Begriff der Macht ist eine unproduktive historische Kategorie

Es erweist sich daraus, daß der Begriff der Macht seinem Wesen nach eine unproduktive historische Kategorie ist. Gewiß ist der Machtbetrieb, den Friedrich Meinecke „die Naturseite alles staatlichen Lebens“ nannte und als „persönliche Pleonexie“ als nicht weiter auflösbare Größe betrachtete, eine Grundkraft des historisch-politischen Geschehens. Gleichwohl entzieht sich die Macht weithin dem Zugriff des analysierenden Historikers. Das ist nicht die Folge unzulänglicher Methoden, sondern Ausdruck davon, daß der Machttrieb als Kontinuum in allen sozialen und politischen Prozessen das am wenigsten Spezifische derselben ist. Der Historiker wird daher nicht dabei stehen bleiben, das Phä-

nomen der Dämonie der Macht und ihrer Strukturen zu analysieren, sondern er wird den geistigen und sozialen Kräften nachspüren, die am Anfang der großen machtpolitischen Entscheidungen stehen und von denen sie ihren geschichtlichen Sinn erhalten. Friedrich Meinecke hat in der „Idee der Staatsräson“ diese Problematik dargestellt, indem er eine idealtypische Verknüpfung des Machtbegriffs mit den grundsätzlichen Aufgaben des staatlichen Lebens vollzog. Er nahm dabei die Gegenposition zur herrschenden Tendenz ein, den Gedanken der Staatsräson und die Idee des Kräftegleichgewichts der großen Mächte in den Dienst des deutschen Imperialismus zu stellen.

Nicht allein die Ambivalenz des Machtbegriffs veranlaßt also die moderne Geschichtsschreibung, ihn zurückhaltend anzuwenden, sondern vor allem das Wissen darum, daß Historie als geistige Form mit einer bloß machtorientierten Analyse am Eigentlichsten ihrer Aufgabe vorbeigeht, daß Geschichte, verstanden als Abfolge von Machtbildungs- und Zersetzungsprozessen, in Hinsicht auf die in ihr zur Anschauung erhobenen Kulturwerte verarmt. Für beide Wissenschaften ist demnach festzuhalten, daß das Machtphänomen nicht für sie spezifisch ist, da es von dem eigentlich politischen Phänomen, dem Entscheidungshandeln, abstrahiert und das Wertproblem durch einen im Prinzip wertneutralen Ansatz nur verdunkelt.

Versuche einer werterfüllten Interpretation der Politik

Auf seiten der Politischen Wissenschaft hat man dieser Gefahr eines Abgleitens in einen Wertneutralismus damit entgegentreten wollen, daß man versuchte, den Begriff des Politischen formal und inhaltlich zu bestimmen und ihn von vornherein mit bestimmten Wertvorstellungen aufzufüllen. Die Mehrheit der deutschen Politikwissenschaftler ist sich einig, daß Politik auf den Staat oder das Gemeinwesen bezogenes Handeln sei. Gleichwohl haftet allen Definitionen etwas Willkürliches an, ob man mit Hennis unter Politik „die Realisierung der einem Gemeinwesen aufgegebenen Zwecke“ oder mit C. J. Friedrich den im Begriff des „government“ angesprochenen Erfahrungskreis verstehen will. Auch die Formulierung von der Gablentz: „Politik ist Kampf um die gerechte Ordnung“ kann nicht genügen, weil damit nur ein Teilaspekt politischer Erscheinungen in das Blickfeld gelangt.

Es ist offenbar für die geschichtliche Situation der Gegenwart bezeichnend, daß eine wertmateriale Bestimmung des Wesens der Politik auf allgemeine Zustimmung nicht rechnen kann. Dafür ist nicht allein die Erfahrung des Totalitären, sondern auch die analytische Methode der Wissenschaften selbst maßgebend gewesen, indem sie zu einer Formalisierung des Politik-Begriffes geführt hat. Diese Formalisierung haftet sämtlichen definitorischen Bestimmungsversuchen des Wesens der Politik wie des Gegenstandes der politischen Wissenschaft an. Das Werturteilsproblem wird durch derartige begriffliche Operationen im Grunde nur umgangen, da sie einen hohen Grad unverbindlicher Allgemeinheit und

damit einer mehr oder minder beliebigen normativen Ausfüllbarkeit besitzen. Es liegt hier ein ähnlicher Zirkelschluß vor wie bei der nationalstaatlichen Historie, die die Nation als

obersten und unerschütterlichen Wert setzte, obwohl dieser erst durch die historische Arbeit unter jeweils individualisierenden Fragestellungen als solcher bestimmt werden konnte.

Anknüpfung an den Begriff des bonum commune

Im Unterschied zu den mehr oder minder formalen Ansätzen zu einer normativen Systematik hat insbesondere Wilhelm Hennis den Versuch unternommen, mittels einer historischen Ableitung des Begriffs der Politik zu einer akzeptablen wertmaterialen Interpretation zu gelangen. Er wies darauf hin, daß die Vorstellung von Politik als technischem Machterwerb erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bestünde. Eine Übertragung einer solchen Vorstellung auf ältere Epochen werde zu ähnlichen Sinnentstellungen führen, wie dies Otto Brunner für die Anwendung der für den Kapitalismus spezifischen Begriffe der „Rentabilität“ und „Rationalität“ auf die vorkapitalistischen Wirtschaftstile nachgewiesen hat. Hennis ist demgegenüber bemüht, eine moderne politische Theorie auf traditionellem Grunde zu errichten. Ähnlich wie Bergstraesser, stellte er dem modernen formalisierten Begriff der Politik die ältere Lehre von der Polis entgegen, die in der von Otto Brunner beschriebenen alteuropäischen Ökonomik ihr Gegenstück hat. Dieser ursprüngliche Begriff des Politischen war an ethische Normen gebunden, die mit der Vorstellung vom guten und tugendhaften Herrscher zusammenhängen und mit dem Begriff des bonum com-

mune umschrieben werden können. Hennis ist der Meinung, daß es in Deutschland auch heute noch ein solches Vorverständnis des Politischen gäbe, und daß die politische Theorie dieses Vorverständnis wieder lebendig machen müsse. Es ist jedoch zweifelhaft, ob in Deutschland ein derartig ungebrochenes Verhältnis zur Politik des Gemeinwesens anzutreffen ist und ob nicht vielmehr eine Verwechslung mit dem vorliegt, was Radbruch einmal „die Lebenslüge des Obrigkeitsstaates“ genannt hat. Auch wenn es ein solches werterfülltes Vorverständnis des Politischen da und dort geben mag, so bleibt es doch im Zeichen des Gruppenpluralismus beliebig manipulierbar. Wenn Hennis' Politik „als Art und Weise der Realisierung der aufgegebenen Zwecke eines Gemeinwesens“ definiert, so ist er selbst zu einem Rückzug in den Formalismus gezwungen.

Hennis hat eindringlich den Verfall des älteren, in einer kontinuierlichen philosophischen Tradition gegründeten, wertbezogenen Politik-Begriffs geschildert. Schon Hermann Heller beklagte diesen Aushöhlungsprozeß, der sich in der Entpolitisierung und Formalisierung der deutschen Staatslehre bemerkbar machte und im Gerber-Laband'schen Rechtspositivismus gipfelte.

Die Aushöhlung des ursprünglich wertbezogenen politischen Denkens fand ihren Höhepunkt in Max Webers Herrschaftssoziologie und der von ihm geforderten Wertfreiheit. Indem Webers Staatssoziologie weite Bereiche des Politischen auf die bloße Technik des Machterwerbs reduzierte, konnte sie indirekt autoritär-faschistischen Experimenten den Weg bereiten. In der Tat führte von Webers nominalistisch-funktionalistischem Verständnis der Politik ein gerader Weg zu Carl Schmitts Theorie des Freund-Feind-Verhältnisses. Webers Rückgriff auf Charisma

Politisierung aller Bereiche des sozialen und privaten Lebens ist nicht mehr rückgängig zu machen

Man wird Hennis' klinischer Diagnose des deutschen Denkens folgen, nicht aber den Schlüssen, die er daraus ableitet. Denn die bitteren Resultate der politischen Theorie Carl Schmitts widerlegen dessen Prämisse nicht, daß die Politik zum allgemeinen Schicksal geworden ist und potentiell alle Bereiche des sozialen und privaten Lebens durchdringt, daß es eine inhaltlich eigene politische Sphäre neben anderen Sphären nicht gibt, wie Carl Schmitt formulierte. Die Politisierung des gesamtgesellschaftlichen Raumes ist nicht zu bestreiten und es bedarf nicht erst der Erfahrung der totalitären Regime, um zu erkennen, daß eine generelle Trennungslinie zwischen Politischem und Nichtpolitischem im Bereich der Gesellschaft und selbst dem der Kultur nicht mehr gezogen werden kann. Diese historische Lage mag beklagt, kann aber nicht rückgängig gemacht werden. Wenn Hennis dagegen angeht, vollzieht er eine fragwürdig gewordene Einengung des Politik-Begriffes im Sinne der liberalen Tradition, die vom Postulat einer nicht-politischen und nicht-staatlichen Sphäre durchdrungen gewesen ist.

Es ist statt dessen zu fragen, ob die Konsequenz, die Carl Schmitt aus dem politischen Wertrelativismus gezogen hat, die einzig mögliche ist und ob sie zulässig war. Indem er die Einheit, nicht den Inhalt des politischen Wollens und die auf „Artgleichheit“, nicht auf gemeinsamer politischer Intention beruhende „Volksgemeinschaft“ an die Stelle oberster politischer Werte setzte, vollzog er eine willkürliche und logisch unhaltbare Überhöhung rein formaler Kategorie. Es war eine Flucht nach vorn, ein Sprung in den Irrationalismus. Das Dilemma, das sich dahinter verbirgt, besteht bis heute fort, und es erscheint unmöglich, dem Problem des Wertrelativismus zu entgehen, indem man an die ältere philosophische Tradition der Politik anknüpft. Denn ihre Aushöhlung aufgrund der Historisierung und Relativierung vorher gültiger Normensysteme ist kein reversibler Vorgang. Der Begriff des bonum commune, der in einer relativ stationären ständischen Gesellschaft Verbindlichkeit beanspruchen konnte, kann nicht einfach auf die moderne pluralistische Gesellschaft übertragen werden. Die Konstellation, die vor dem Durchbruch des Historismus zwischen Politik und Historie bestanden hat, läßt sich nicht wieder zurückrufen. Die historische Herleitung eines

und plebiszitäres Prinzip konnte von Schmitt zum reinen Plebiszitarismus fortgebildet werden. Auf die Bestrebung Webers, der befürchteten bürokratischen Erstarrung einer zunehmend entzauberten Welt entgegenzuwirken, legte es nahe, das Politische ausschließlich als „Dynamik“ und „Bewegung“ erscheinen zu lassen. Für Hennis stellt die Lehre Carl Schmitts, daß es keine „Substanz“ des Politischen gebe, die geschichtlich notwendige Konsequenz des einmal vollzogenen Abfalls von dem älteren werterfüllten Begriff der Politik dar.

wertmaterialen Ansatzes zu einer Theorie der modernen Demokratie, wie sie von Hennis unternommen worden ist und wie sie von einer Reihe deutscher politischer Wissenschaftler vertreten wird, ändert nichts an seiner prinzipiell gegebenen historischen Relativierbarkeit. Ein solcher Standpunkt ist im Grunde nichts anderes als die formale Gegenposition zu Carl Schmitt. Der Bereich des politischen Interesses und Engagements wird dadurch willkürlich eingengt. Das Hineingestelltsein des Einzelnen in den politi-

schen Raum ist eine existenzielle Tatsache und kann nicht partikularer Natur sein. Alle wertmaterialen Bestimmungen des Wesens der Politik pflegen daher entweder systematisch nicht zu genügen oder einen so hohen Abstraktionsgrad aufzuweisen, daß sie durch die konkrete politische Erfahrung nicht verifiziert werden können. Den Bemühungen, den Ort der Politischen Wissenschaft systematisch zu bestimmen, liegt eine ähnliche Aporie zugrunde wie den Bestrebungen, die Universalität der geschichtlichen Prozesse von einem integrierenden Gesichtspunkt her zu deuten. Ebenso wie die universalgeschichtlichen Entwürfe Lamprechts, Spenglers und Toynbees den Mangel nicht verdecken können, daß die Anwendung deduktiver Schemata das Element der geschichtlichen Entscheidung eliminiert, so kann ein System der Politik, welches sich an vorgegebenen festliegenden Kategorien orientiert — ob sie — wie das Machtphänomen — wertneutral sind oder von bestimmenden objektiven Normen abgeleitet werden —, das politische Entscheidungshandeln nicht situationsgerecht beurteilen. Die Gesamtgeschichte kann von keinem Punkte aus systematisch umgriffen werden, ohne daß sie an Geschichtlichkeit einbüßt; das gilt analog für die Politische Wissenschaft.

Gemeinsamkeiten von Historie und Politischer Wissenschaft

In der Frage der Werturteile befinden sich Historie und Politische Wissenschaften prinzipiell in der gleichen Lage. Sie sind beide zu ständigen Werturteilen gezwungen und können sich nicht auf die Zusammenstellung positivistischen Einzelwissens beschränken. Sie können desgleichen ihrer Arbeit kein generelle Gültigkeit fordern des System von Wertannahmen zugrunde legen. Sie sind jeweils an bestimmte, von wechselnden Werten geprägte Perspektiven gebunden, wobei diese Werte in der gegebenen Gesellschaftsordnung als relativ verbindlich gelten können, aber nicht gelten müssen. Für beide Wissenschaften besitzt die Aspekthaftigkeit alles Erkennens fundamentale Bedeutung. Sie ist nicht nur im Sinne der Auswahl der untersuchungswürdigen Gegenstände im vorwissenschaftlichen Raum unumgänglich, sondern sie ist die Grundbedingung eines die Komplexität und Pluralität der historisch-politischen Vorgänge sinnvoll strukturierenden Erkennens, das nicht im empirisch-deskriptiven Bereich stehen bleiben kann, in dem es als aufgehäuftes und beziehungsloses Einzelwissen zu einer Aussage bezüglich seiner Relevanz unfähig bleibt. Denn eine wertgebundene Perspektivik ist die Voraussetzung relevanter, d. h. für uns als Lebende, für unsere konkrete Daseinsorientierung wesentlicher Aussagen.

Ein derartiger „parteiübergreifender Relativismus“ (Arnold Brecht) gewinnt aus der Standortbezogenheit erst die Möglichkeit, die Konsequenzen alternativer Wertannahmen darzustellen und damit auf die relative Richtigkeit der eigenen

Resultate zu reflektieren. Er muß aber bewußt verstanden werden als Teil des möglichen Fragens, kann sich also nicht identifizieren mit der Gesamtheit der im Rahmen politischer oder historischer Forschung gelegenen Betrachtungsweisen. Wie die Geschichtswissenschaft, vermag die Politische Wissenschaft den Anspruch relativer Objektivität ihrer Erkenntnisse nur dadurch zu erfüllen, daß sie bereit ist, ihre jeweiligen Urteilskategorien ständig am konkreten Forschungsgegenstand auf ihre Richtigkeit und Vertretbarkeit zu prüfen und zu modifizieren, d. h. sie einem fortwährenden Prozeß der Verifizierung zu unterwerfen. Anderenfalls läuft sie Gefahr, den bestehenden politisch-sozialen Ordnungssystemen dienstbar zu werden. Insofern kann die Begriffsbildung der Politischen Wissenschaft auf die historische Methode als einer Form induktiven Aufstiegens, das von einer heuristisch verstandenen Identität von Subjekt und Objekt ausgeht, nicht entbehren.

Beide Wissenschaften empfangen ihre Forschungsimpulse aus der gegenwartspolitischen Aktualität. Beide gehen arbeitshypothetisch von der Annahme historischer und politischer Gesetzmäßigkeiten aus, ohne darum Gesetzeswissenschaften zu sein, denn es geht ihnen nicht primär um die Bestimmung der allgemeinen Verlaufsformen politischer Konflikte, sondern um die jeweils konkreten Konstellationen und die darin vollzogenen politischen Alternativen. Sie können daher nicht zu einem systematischen Gebäude von Theorien und Arbeitshypothesen vordringen, denn ihre Fragestellungen verän-

den sich mit dem Wandel der politisch-sozialen Gesamtsituation und sind an wechselnde Wertannahmen gebunden. Die Politische Wissenschaft befindet sich dergestalt der Politik gegenüber in einer prinzipiell gleichartigen Lage wie die Geschichtswissenschaft gegenüber der Geschichte. Beide haben es mit einem Stoff zu tun, dem eine innere Systematik nicht zugrunde liegt und der übergreifend die verschiedensten Wissensgebiete umfaßt. Beide sind, um einen Begriff Ernst Fraenkels aufzunehmen, „Integrationswissenschaften“, die einerseits den in der Unübersichtbarkeit überlieferter Details verschwindenden Prozeß der Herausbildung unserer Gegenwart, andererseits den nicht minder komplexen politischen Strukturwandel der Gegenwart durch wertende Analyse sichtbar machen. Im Blickpunkt einer solchen Verhältnissetzung stehen Politische Wissenschaft und Ge-

schichtswissenschaft gleichsam Rücken an Rücken, jeweils der Totalität des historisch-politischen Geschehens geöffnet.

Der zwischen beiden Disziplinen liegende Grenzsaum ist von Arnold Bergstraesser damit beschrieben worden, daß die Rechtfertigung der Politischen Wissenschaft in ihrer Konzentration auf den *res gerendae* bestünde, während die Historie mit den *res gestae* zu tun habe. Man kann hinzufügen, daß beide Wissenschaften um die Aufhellung des Gegenwartsbewußtseins bemüht sind — die eine mit universalem Blickpunkt und bezogen auf den allgemeinen geistigen und materiellen Grund einer Kultur, die andere mit dem Ziel, die Kritik des politischen Handelns und der ihm zugrunde liegenden Motive mit dem Aufweis möglicher Reformen und deren technischer Durchführbarkeit zu verbinden.

Politische Forschung ist auf kurzfristige Konstellationsanalyse gerichtet

Vor den grundsätzlichen Gemeinsamkeiten beider Wissenschaften hinsichtlich des Werturteilsproblems, der Aspekthaftigkeit alles Erkennens und der Orientierung auf das politische Entscheidungshandeln treten ihre Unterschiede deutlich heraus. Während die Aussagen der Historie zur Darstellung relativ langfristiger und universaler Entwicklungen tendieren, ist die politische Forschung auf kurzfristige Konstellationsanalyse gerichtet. Sie untersucht, was im konkreten Falle politisch zu tun richtig und möglich ist. Um zu begründeten Urteilen zu kommen, kann sie bestimmte Wirkungsfaktoren nicht isolieren, sondern muß eine möglichst große Zahl beeinflussender Faktoren bestimmen. Ihre horizontal angelegte Analyse setzt eine breite empirische Forschung voraus, auch wenn man den Erkenntniswert der quantifizierten Methoden der empirischen Sozialforschung verschieden beurteilt. Ohne Frage sind die Verfahren des *sampling*, des Interviews und der Meinungsforschung bei richtiger Anwendung geeignet, kurzfristige Aussagen über das politische Verhalten zu ermöglichen. Sie bedürfen freilich einer Korrektur durch die Ergebnisse langfristig eingestellter historischer Analysen. Die Politische Wissenschaft hat es zugleich in hohem Maße mit der Feststellung und Beschreibung der politischen Techniken ihrer institutionellen, juristischen, ökonomischen Voraussetzungen zu tun, und sie nähert sich hierin den Sozialwissenschaften. Ihre Fragestellungen sind zugleich an der zeitgeschichtlichen Analyse orientiert, wie die sich immer mehr durchsetzende Methode der Fallstudien (*case studies*) zeigt, die mittels induktiver historischer Analyse exemplarische Zusammenhänge beschreiben und sich von der historischen Einzelforschung nur durch die Tendenz zu punktueller Generalisierung unterscheiden.

Der Schwerpunkt politischer Forschung liegt gleichwohl nur bedingt auf der querschnitthaften Strukturanalyse der politischen Tendenzen

Wohin gehört die Zeitgeschichte?

Es erhellt daraus, daß für die Politische Wissenschaft generalisierende und typologisierende Verfahrensweisen eine weit höhere Bedeutung haben als in der Historie. Dazu kommt die Verwendung geschichts-soziologischer Modelle und die Bemühung, durch den Rückgriff auf die ältere politische Theorie zu ordnungspolitischen Modellen heuristischen Charakters zu gelangen. Die stärker theoretische Ausrichtung der Politischen Wissenschaft, ihre komparative Methode und ihre von den konkreten historischen Besonderheiten abstrahierende Begrifflichkeit unterscheidet sich freilich nicht durchweg von der Geschichtswissenschaft. Gerade auf zeitgeschichtlichem Gebiet ergeben sich zahlreiche Berührungspunkte, da die zeitgeschichtliche Forschung ohne die Zuhilfenahme typologisierender und generalisierender Methoden die Fülle der sie angehenden Probleme nicht adäquat verarbeiten

der Gegenwart. Sie strebt notwendig zur Prognose. Um Burckhardts berühmtes Wort abzuwandeln, kommt es ihr nicht sowohl darauf an, weise für immer, als vielmehr klug für ein andermal zu sein, d. h. Voraussagen über die Realisierungschancen konstatierbarer politischer Tendenzen zu machen und die Mittel und Methoden für ihre Durchsetzung anzugeben. Durch das Bemühen um kritische Prognose, die nur kurzfristig sein kann und vor allem auf technische Beratung hinausläuft, unterscheidet sich die Politische Wissenschaft auf das strengste von der Historie. Sie ist zwar gerade deshalb darauf gerichtet, das Prozeßartige aller gesellschaftlichen Phänomene zum Gegenstand ihrer Analyse zu erheben. Aber die historische Erfahrung tritt dabei, wie Bergstraesser glücklich formuliert hat, in einen anderen „Aggregatzustand“. Während die ideographische Methode der Historie bestrebt ist, in der *ex post* als zwangsläufig und determiniert erscheinenden Geschehnisabfolge das Element individueller Entscheidung und Verantwortung aufzusuchen, geht es hier darum, die individuellen Besonderheiten zu eliminieren und die generell wirksamen Tendenzen herauszuarbeiten.

kann. Die thematische und methodische Überschneidung von innerer und internationaler Politik mit der zeitgeschichtlichen Forschung legt es nahe, Zeitgeschichte im Rahmen der Politischen Wissenschaft zu betreiben. Gerade an diesem Beispiel läßt sich freilich zeigen, wie wenig sinnvoll ein solches Verfahren ist. Die Herauslösung der Zeitgeschichte aus dem Gesamtzusammenhang geschichtlicher Forschung würde sie im wesentlichen auf propädeutische Funktionen beschränken und die Folge wäre vermutlich ein Verlust an historischer Substanz und eine Tendenz zu wenig produktiver Aktualisierung. Sie war in den letzten Jahren häufig namentlich in mehr populärer Literatur zu beobachten, und das abflauende Interesse an zeitgeschichtlichen Themen ist möglicherweise auch darauf zurückzuführen, daß ihre Behandlung das historische Interesse nicht wirklich anzusprechen vermochte.

Zeitgeschichte ist ein unentbehrlicher Zweig der allgemeinen Geschichtsforschung

So instruktiv eine Forschungsrichtung ist, die bestrebt ist, ein Modell der modernen Diktatur am Beispiel des Nationalsozialismus zu entwickeln, so wenig kann dies Hauptaufgabe zeitgeschichtlicher Forschung sein, zumal man bei einer solchen Betrachtungsweise die Phänomene vernachlässigen würde, die im Falle des Nationalsozialismus gegen eine totalitäre Zementierung des staatlichen Machtapparats sprechen und vielmehr auf einen Zerfall der Staatlichkeit überhaupt hindeuten. Die zeitgeschichtliche Forschung kann durchaus zum Exempel genommen

werden, um den Unterschied zwischen historisch und politisch-theoretischer Analyse klarzumachen. Ihr Nachdruck liegt nicht auf der Isolierung ihres Gegenstandes zum Zwecke prototypischer Deutung. Sie bemüht sich vielmehr, zeitgeschichtliche Stoffe innerhalb des geistigen Gesamtzusammenhanges zu interpretieren, in dem sich die Vergangenheit dem Historiker darstellt. Die Zeitgeschichte ist daher ein legitimer und zugleich ein unentbehrlicher Zweig der allgemeinen Geschichtsforschung. Denn eine Geschichtsforschung, die die Verbindung zur gegenwärtigen

gen Geschichte von sich abstreift, steht in der Gefahr, nicht nur antiquarischen Tendenzen zu verfallen, sondern auch von subjektiv unklar gefühlten werterfüllten Fragestellungen an die Vergangenheit heranzugehen, ohne sich um das Problem zu kümmern, ob sie im Lichte der zeitgeschichtlichen Erfahrung modifiziert werden müssen. Eine Geschichtsschreibung, die nicht von einer historischen Konzeption ausgeht, nach der die Geschichte Herausbildung unserer Gegenwart ist, wird sich ohne Frage im modernen Spezialisismus und in der Stofffülle verlieren, wird keine integrierenden Gesichtspunkte haben und daher der Gefahr historischer Konstruktivismen erliegen. Auch die Zeitgeschichte hat als zentrales Problem die Frage von Kontinuität und Diskontinuität, und sie bewahrt sie vor einem Strukturfatalismus, welcher sich bei einer von vornherein auf theoretisch ergiebige Resultate abgestellten Analyse einzustellen pflegt. Sie fragt

nicht nach der Zwangsläufigkeit des historischen Prozesses, sondern konzentriert sich darauf, die vollzogenen und verpaßten Entscheidungen herauszuheben. Das gibt ihr die Spannweite, um über eine apologetische oder einseitig moralisierende Sicht hinaus zu einer historischen Bewältigung der ihr speziell aufgegebenen Problematik zu gelangen, die sich in tagespolitischen Analogien nicht erschöpft. Gerade indem die Zeitgeschichte ihre Bindung an die historische Methode ernst nimmt, vermag sie zugleich produktiv die Politische Wissenschaft in ihren Ergebnissen und Fragestellungen zu befruchten.

Die Geschichtswissenschaft ist im Unterschied zu einer politisch-theoretischen Auswertung zeitgeschichtlicher Daten primär auf die individuellen Vorläufe bezogen. Sie besitzen gerade dadurch, daß sie sich abheben von der Gesamtheit bloßer Tendenzen, exemplarische Bedeutung.

Die Überlieferung wird von der Geschichte gleichsam unter dem Gesichtspunkt der Freiheit betrachtet, sie wird auf diejenigen Konflikts- und Spannungssituationen hin untersucht, die in das bewußte Handeln menschlicher Akteure einmünden. Die Geschichtswissenschaft bedient sich zwar der von den Sozialwissenschaften entwickelten quantitativen Verfahren, hält aber grundsätzlich am Entwicklungsbegriff fest, der ihre Besonderheit ausmacht und der der Synthese von Individuellem und Allgemeinem zugrunde liegt. Sie ständig neu zu vollziehen, ist ihre eigentliche Aufgabe, denn sonst würde freilich der Entwicklungsbegriff unversehens mit einem Struktur- oder einem teleologischen Fatalismus vertauscht. Die Historie ist insofern Spiegelung der gesamten materiellen und geistigen Lebensäußerung einer Kultur, auch wenn die Welt der politischen Gestaltungen in dem Mittelpunkt ihrer Betrachtung steht.

Perspektiven der Geschichtswissenschaft und Politischen Wissenschaft ergänzen sich

Die Politische Wissenschaft tendiert demgegenüber zu einer isolierenden Betrachtung der politischen Prozesse. Ihrer nahsichtigen Optik entgehen leicht die allgemeineren Antriebe politischen Handelns, die erst historische Perspektive erschließen kann. Daher erweist sich die historische Erfahrung für sie als ein unentbehrliches Korrektiv, wie umgekehrt die Historie sich von der Tendenz zur antiquarischen Erstarrung nur freihalten kann, wenn sie die Anregungen der Politischen Wissenschaft aufnimmt. Daraus erhellt die Bedeutung, die der historischen Sehweise im Rahmen der politisch-zeitgeschichtlichen Bildung zukommt. Man wird daher darauf achten müssen, daß das Fach der Gemeinschaftskunde nicht so organisiert wird, daß die Elemente geschichtlicher und individueller Erfahrung darin verlorengehen. Wir können auf ge-

schichtliches Denken in diesem Sinne nicht verzichten, denn nur dadurch kann der in den politischen Fachwissenschaften fast automatisch vorhandene Tendenz entgegengewirkt werden, den Bereich verantwortlicher menschlicher Entscheidung gegenüber der Schilderung und der Analyse des politischen Betriebs aus den Augen zu verlieren. Ebenso wie die Historie Gefahr läuft, durch deskriptive Erklärung des Gewordenen das Phänomen der Freiheit in der Geschichte zu verdunkeln und Geschichte als „Erlebnis“ durch „Geschichte als Wissenschaft“ zu ersetzen, ist die Politische Wissenschaft ständig in der Gefahr, die Politik zu „entpolitisieren“, d. h. sie als Feld von Sach- und Funktionszusammenhängen und Interessenkonflikten zu beschreiben und die spontanen und individuellen Züge im Prozeß der politischen Willensbildung und im politischen Verhalten zu verdecken.

wird den Nachdruck ihrer Forschung weniger auf die pragmatische Anwendbarkeit ihrer Ergebnisse, selbst innerhalb eines auf die Garantieung eines „guten tugendhaften Lebens“ gerichteten Staatswesens, als vielmehr auf die allgemeine Erörterung der Funktion und Struktur der politisch-sozialen Gebilde legen, die unser modernes Leben bestimmen. In diesem Sinne kann man beide Wissenschaften als Wissenschaften von der Freiheit bezeichnen, denn die Freiheit besteht nicht zuletzt darin, daß auf der einen Seite dem Menschen die eigene Vergangenheit nicht als blindes Fatum entgegentritt und daß er sie als Element menschlicher Entscheidung in sein Daseinsverständnis einbezieht, und sie besteht wohl andererseits darin, daß der Mensch den Mechanismen sozialtechnischer und politischer Zwänge nicht passiv unterworfen ist, sondern ihre bewußte Beherrschung und Gestaltung anstrebt. Politische Wissenschaft und Geschichtswissenschaft haben daher grundsätzlich gesehen gemeinsame Aufgaben, die sie in arbeitsteiliger Differenzierung lösen müssen. Sie werden diesen Aufgaben nicht gerecht, wenn sie sich voneinander abkapseln und sich gegen wechselseitige Befruchtung verschließen. Das setzt aber die Bewahrung und Hervorhebung der methodischen Eigenständigkeit beider Fächer voraus.

Fragwürdige Pragmatisierung der Politischen Wissenschaft

Das ist um so stärker der Fall, je mehr sich die Politische Wissenschaft als pragmatische Disziplin begreift. Sie wird sich bewußt sein müssen, daß sie, indem sie bestrebt ist, politische Fachleute, also Techniker des politischen Geschäfts, auszubilden, auch einer Sterilisierung des politischen Betriebs Vorschub leistet. Die Tendenz, politische Fachleute mit politischen Entscheidungen zu betrauen, ist keine Garantie dafür, daß diese nicht zugunsten der Ressorts ausfallen. Indem die Politische Wissenschaft durch ihre Erkenntnisse die Möglichkeiten, politische Willensbildung zu manipulieren, in umfangreichem Maße vermehrt und indem sie in der Form technischer Beratung die bestehenden Machtgruppierungen konserviert, schränkt sie auch den Spielraum, innerhalb dessen politische Entscheidungen möglich sind, ein und befördert sie unfreiwillig eine fragwürdige „Versachlichung“ der

Politik. Die von der Schule Arnold Bergstraessers vertretene Auffassung, daß die Politische Wissenschaft von einem normativen Verständnis des Wesens der Politik her dem Gemeinwesen aktiv zu dienen habe, muß daher starkem Zweifel begeben. Die Politik als Wissenschaft

Geschichte darf nicht der politischen Aktualität geopfert werden

Die Frage, welche konkreten Konsequenzen aus dieser mehr methodischen Erörterung der beiden Fächer Geschichte und Politik abzuleiten sind, ist nicht eindeutig zu beantworten. Eines wird man festhalten müssen, daß Geschichte nicht dem politischen Orientierungswissen geopfert werden darf, daß es vielmehr darauf ankommt, Geschichte als Geschichte zu erhalten. Das sollte

auch in dem jetzt angestrebten Fach der Gemeinschaftskunde möglich sein. Weiter wird man sagen müssen, daß die Auswahl der bevorzugt zu behandelnden Gegenstände nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt des historischen Denkens vollzogen werden muß, daß also exemplarische Modelle geschichtlicher Betrachtung von einer universalen historischen Konzeption nicht

von der politischen Aktualität her ausgewählt werden sollten. Das bedeutet nicht, daß dabei nicht politische Interessen und politische Gesichtspunkte im allgemeineren Sinn einfließen

können; die kurzfristige politische Gegenwartsproblematik darf aber dafür nicht allein bestimmend sein. Schließlich ist die Überwindung jener Residuen, die das deutsche politische Denken

unheilvoll beeinflußt haben, nur durch die Geschichtswissenschaft und durch den Geschichtsunterricht möglich, nicht aber durch die politische Theorie.

Spannung zwischen Politik und Wissenschaft kann im Fach Gemeinschaftskunde zum fruchtbaren Unterrichtsprinzip werden

In dem geplanten Fach könnte möglicherweise gerade die Spannung zwischen Politik und Geschichte zum fruchtbaren Unterrichtsprinzip werden. Die verschiedenartigen Betrachtungsweisen in beiden Fächern, die langfristig universalere der Historie, die punktuell-funktionsanalytische der Politikwissenschaft, sind auch dem jungen Menschen einsichtig zu machen, wenn man es nur pädagogisch richtig anfängt, wie es überhaupt zwischen den Tendenzen und Zielsetzungen der Forschung und den konkreten Bildungsaufgaben des Geschichtsunterrichts eine Parallelität bestehen kann und bestehen soll. Beide Betrachtungsweisen finden ihren gemeinsamen Nenner in der Herausarbeitung des politischen Entscheidungshandelns und damit in der Hervorhebung des Elements der Verantwortung in Vergangenheit und Gegenwart. Die sozialwissenschaftlichen Bildungstoffe sind demgegenüber sekundär und sie sind einzubeziehen in dem Maße, wie sie zum Verständnis eben des politischen Entscheidungshandelns notwendig sind. Das ist in der Geschichtswissenschaft nicht anders, die, wie schon erwähnt, in der sozialgeschichtlichen Forschung die soziologischen Arbeitsweisen übernimmt, ohne sie in den Mittelpunkt der Betrachtung zu rücken. Gerade die Spannung zwischen der von der Politikwissenschaft angestrebten Prognose und der von

der Geschichtswissenschaft immer wieder deutlich gemachten Offenheit geschichtlicher Situationen würde zum zentralen Gesichtspunkt des Fachs Gemeinschaftskunde werden. Wie diese Dinge pädagogisch umgesetzt werden können, ist im Rahmen dieser mehr methodologischen Erörterung nicht zu beantworten. Sicher ist, daß diese pädagogischen Überlegungen von den grundsätzlichen methodischen Fragen nicht abgelöst werden können. Ob es beispielsweise besser ist, bei einem jeweiligen Problemkreis von der aktuellen politischen Strukturanalyse auszugehen, um dann eine historische Vertiefung und Verbreiterung anzustreben, oder ob man die geschichtliche Darstellung typischer Vorgänge bis zu dem Punkte führt, wo die Gegenwartserfahrung andere Methoden und andere Gesichtspunkte der Wirklichkeitserfassung erfordert, wäre durch praktische Unterrichtsmodelle zu prüfen. Gewiß wird man sich hier nicht in ein System fesseln dürfen und wird man sich darüber klar sein, daß die thematische Gestaltung und Anordnung des Unterrichts eine weitgehende Freiheit erfahren kann, sofern über die grundsätzliche Verschiedenheit der historischen und der politisch-theoretischen Sehweisen Einigkeit besteht.

In dem von der Saarbrückener Rahmenvereinbarung angestrebten übergreifenden Fach „Ge-

meinschaftskunde“ liegt ohne Frage eine ernsthafte Chance, die historisch verursachte und erst allmählich in Auflösung begriffene Entfremdung zwischen politischer und historischer Forschung auch von der Realität des praktischen Bildungswesens her zu überwinden und der Abkapselung von historischen, politik- und sozialwissenschaftlichen Spezialdisziplinen entgegenzuwirken. Damit ist eine Aufgabe in die Hände der Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer gelegt, die über den engeren Bereich des Unterrichts an den höheren Schulen hinaus allgemeine Bedeutung für eine Erneuerung und Ernüchterung des deutschen historisch-politischen Denkens hat. Das angestrebte Fach wird dem Schüler die persönliche Auseinandersetzung im politischen Richtungsstreit nicht abnehmen und ihm nicht zu einem fixierten politisch-historischen Weltbild verhelfen können, wohl aber geschichtlichen Sinn und politische Einsicht aus der Haltung eines „parteiübergreifenden“ Relativismus verknüpfen, der sich offen hält für das unablässige Fragen nach der Rangordnung der historisch-politischen Wertvorstellungen, die dem politischen Entscheidungshandeln zugrunde liegen.

Anmerkung:

Hans Mommsen, Dr. phil., 1930 in Marburg geboren, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München.

WALDEMAR BESSON

Geschichte als Politische Wissenschaft

Zum Verhältnis von nationalstaatlichem und historischem Denken

I.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Politik entspringt einem elementaren Bedürfnis des Menschen nach rationaler Klärung seiner sozialen Situation. Das wird um so mehr gelten, seitdem sich der historische Prozeß beschleunigte und den einzelnen Menschen erfaßt hat, dessen öffentliche Bindungen sein Privates mehr und mehr einengen. Gerade wenn die menschliche Existenz revolutionären Erschütterungen überpersönlicher Art ausgesetzt ist, vermag das politische Denken einen neuen Ansatz und eine neue Intensität zu gewinnen. „In Krisenzeiten“, so schreibt Eric Voegelin¹⁾, „wenn die Ordnung einer Gesellschaft sich auflöst, werden die Grundprobleme der politischen und historischen Existenz deutlicher als in Zeiten verhältnismäßiger Stabilität.“ Nur in labilen Situationen kann die theoretische Politik mehr sein als eine dienende Magd der jeweils herrschenden Mächte, verwiesen auf bloße Beschreibung der bestehenden Institutionen ohne eigenen kritischen Impuls. Versteht man mit Arnold Bergstraesser²⁾ als wesentliche Aufgabe einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Politik das Vorausdenken politischen Handelns, dann wird in der Tat ein solches Denken sich erst voll entfalten, wenn die Zukunft voller Gefährdung und Provokation ist, die Alternativen möglicher Entscheidungen prinzipielle Extreme umschließen und gerade deshalb mit rationalen Methoden die Grenzen der Wahlfreiheit abgesteckt werden müssen. Politische Wissenschaft geschieht danach grundsätzlich in der Gleichzeitigkeit der Besinnung auf das Gesollte und dem Wissen um das Mögliche, beides als Folge realer Analyse wie normativer Setzung.

Dabei ist das, was als wissenschaftliche Beschäftigung in der Politik zu gelten hat, keineswegs abhängig von einer institutionellen Fixierung

1) Eric Voegelin, Die neue Wissenschaft der Politik. München 1959 S. 18.

2) Arnold Bergstraesser, Wissenschaftliche Politik in unserer Zeit. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 6. Jahrg. (1958). S. 221 f.

Es handelt sich um einen Vortrag, der verfaßt worden ist für die Arbeitstagung über „Politische Bildung in der Oberstufe der Höheren Schulen“.

in Gestalt einer eigenständigen akademischen Disziplin Political Science. Ihr Neuanfang in Deutschland nach 1945 bringt die Sache, um die es ihr geht, in gewisser Weise zwar neu in den akademischen Gesichtskreis. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Grunde nur eine Intensivierung und Erweiterung der politikwissenschaftlichen Aufgabenstellung erfolgt ist und eine Übernahme aus anderen akademischen Disziplinen geschah. Wie man es schwer haben dürfte, etwa Max Weber einer bestimmten akademischen Disziplin endgültig zuzuweisen, so führt die Frage einer Begründung der Politischen Wissenschaft durch eine besondere wissenschaftliche Methode am Kern des Problems ihrer akademischen Verankerung vorbei. Mit Recht hat Arnold Bergstraesser sich gegen eine Gewanneinteilung der Wissenschaften gewandt und statt deren das Bild des Nebeneinanders lichtspendender Zentren gebraucht, deren Strahlenkegel einander überschneiden. Akademische Disziplinen in den Sozial- und Geisteswissenschaften unterscheiden sich durch eine sie jeweils konstituierende Fragestellung, die zugleich einen ganz bestimmten historischen Ort ihres Ursprungs besitzt. Jede wissenschaftliche Betrachtungsweise hat ihre unverlierbare soziale Leiblichkeit, in der sie einst geboren wurde und mit der sie immer verbunden bleibt. Wenn man nach dem Zentrum des Weberschen Denkens sucht, stößt man auf den leidenschaftlichen bürgerlichen Politiker. Webers Weg verbindet die Anteilnahme an der Lage der deutschen Bourgeoisie mit der methodischen Reflektion über die Natur ihrer sozialen und politischen Institutionen. Aber der vitale Bezug seines wissenschaftlichen Denkens ist immer gegeben³⁾.

Ähnliches ließe sich von Ranke behaupten, den man zuweilen als weltfremden Gelehrten darzustellen beliebt hat und für den doch die Erfahrung eines nach der Zweiteilung der Welt für oder gegen Napoleon sich wiederherstellenden Staatensystems gleichzeitig zu einem wissenschaftlichen Urerlebnis wurde, das den Blick für die Individualitäten der großen Mächte

3) Das ist nach der umfassenden Analyse des Politikers Max Weber durch Wolfgang Mommsen (Max Weber und die deutsche Politik. Tübingen 1959) in allen Phasen des Weberschen Lebensweges deutlich geworden.

freigemacht hat. Die historische Darstellung war auch bei ihm motiviert durch die Anteilnahme an den res gerendae und nicht durch das antiquarische Bedürfnis der Versenkung in die res gestae⁴⁾. Die Frage nach der richtigen Ordnung von Staat und Gesellschaft verbarg sich hinter der historischen Erzählung, auch wenn sie von der heute naiv anmutenden Überzeugung bestimmt war, die Geschichte genüge, um die Gegenwart aufzuschließen. Das methodische Postulat des „Politischen Gesprächs“, vom Besonderen zum Allgemeinen voranzuschreiten, wurzelt im konservativen Denken, das, wie Karl Mannheim gezeigt hat⁵⁾, seinerseits als Denkstil einer bestimmten sozialen Situation und eines bestimmten Erlebens der politischen Wirklichkeit zuzuordnen ist.

Es ist ein nicht unwesentlicher Aspekt in der Geschichte des politischen Denkens und Theoretisierens, wie sich in ihr die Wissenschaftszweige unter dem Gesichtspunkt der Fruchtbarkeit für das jeweilig gegenwärtige politische Denken ablösen. Je nachdem wie intensiv die Zukunft darin einbezogen ist, wird man die Mächtigkeit des erkennenwollenden Impulses bemessen dürfen und werden die Konsequenzen für die wissenschaftliche Methode einschneidende sein. Dort, wo eine Disziplin zur Zunft erstarrt, ist der Verdacht nicht unbegründet, daß ihr politisches Zentrum anderswohin gewandert ist und trotzdem unternommene Versuche, die Politik der eigenen Zeit zu deuten, die Gefahr einer nicht mehr adäquaten Begrifflichkeit in sich tragen. Diese Gefahr wächst gewiß mit dem Grad der wissenschaftsorganisatorischen Verfestigung einer Disziplin, deren jede gerade in ihrem politischen Erkenntniswert in besonderem Maße dem Wandel der wissenschaftlichen Perspektiven parallel zum Wandel der sozialen Situation unterworfen ist.

Beachtet man solche natürlichen Schwerpunktverlagerungen innerhalb des wissenschaftlichen Kosmos, so kann die in Deutschland neu begin-

4) Für Ranke hat die Darstellung durch Rudolf Vierhaus (Ranke und die soziale Welt. Münster 1957) denselben Dienst geleistet wie Mommsens Darstellung für Weber.

5) Karl Mannheim, Das konservative Denken. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 57, Bd. (1927).

nende Politische Wissenschaft an vielfältiges politisches Denken in den Nachbarwissenschaften anknüpfen. Sie ist nicht traditionslos, auch nicht in bezug auf die jüngste Geschichte, und sie braucht keineswegs nach Aristoteles zu rufen, wenn sie sich legitimieren will. Sie kann sich unmittelbar Methoden und Erkenntnisse schaffen, wenn sie neben dem Ergreifen neuartiger Fragestellungen und Aufgaben sich zugleich bemüht, politische Erfahrungen anderer Wissenschaften freizulegen und zu prüfen. Angesichts der zentralen Bedeutung der Geschichtswissenschaft in der deutschen akademischen Tradition der letzten 150 Jahre ist gerade sie ein wesentlicher Gegenstand solchen Bemühens, und die Frage, inwiefern politische Einsichten deutschen historischen Denkens nutzbar für das Verstehen gegenwärtiger politischer Situationen gemacht werden können, ein Thema, das der Behandlung lohnt. Es ist damit die weitergehende Aufgabe umrissen, die politischen Kategorien der deutschen Geschichtswissenschaft kritisch zu erarbeiten, ihre politische Begrifflichkeit zu beschreiben und zu analysieren. Einige Aspekte und Themen aus dieser größeren Aufgabe sollen hier vorweggenommen werden.

II.

Der Zusammenhang des die moderne Geschichtswissenschaft ermöglichenden historischen Denkens mit dem Entstehen eines speziell modernen Konservatismus kann als erster Fixpunkt in unserer Betrachtung dienen. Nicht zufällig haben Konservatismus und Historismus nebeneinander in Deutschland ihre intensivste gedankliche Ausprägung gefunden. Justus Möser läßt diese Verknüpfung von Historischem und Konservativem wohl am leichtesten durchschaubar werden. Der Osnabrücker Ständesyndikus stand in der Abwehrhaltung gegen die zentralistische Bürokratie des absoluten Staates und dessen Drang nach rationaler Großräumigkeit. Die in Osnabrück entdeckte und entdeckbare „Lokalvernunft“ ist ebenso ein politisches Prinzip, wie sie als Vorform der Kategorie Individualität eine methodische Prämisse der modernen Geschichtswissenschaft wurde⁶⁾. Wenn Möser forderte, eine politische Erscheinung von ihren jeweils eigenen Voraussetzungen und Tendenzen her zu verstehen, weil nur so der adäquate Maßstab für ein kritisches Verstehen gefunden werden könne, so war damit gleichermaßen eine politische Haltung wie eine wissenschaftliche Methode impliziert. Wenn andererseits der konservative Geschichtsbegriff, dessen kategorialer Apparat die deutsche Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts weitgehend durchdrang, auf eine ganz bestimmte soziale Perspektive zurückverweist, so muß die Kritik der in dieser wie in jeder Perspektivität liegenden Einseitigkeit zu einer Lebensfrage aller auf die Historie bauenden Geisteswissenschaften sein⁷⁾. Die Tragfähigkeit einer spezifisch historischen Methode zum Erfassen der verschiedenartigsten politischen Phäno-

mene ist erst gesichert, wenn die Naivität des Zusammenhangs mit dem Konservativismus aufgegeben wird. Das Postulat des voll entwickelten Historismus, eine Sache in ihren Bezügen, d. h. in ihrer Relativität zu fassen, muß auch auf ihn selbst wie auf die aus ihm entstandene wissenschaftliche Methode angewandt werden⁸⁾.

In der nationalstaatlichen Politik des 19. Jahrhunderts war ein der historischen Methode in hohem Maße adäquater Gegenstand vorgegeben. Es ist ein eigenartiger Gleichklang, daß im Fortschritt des historischen Denkens, wie ihn Meinecke geschildert hat, Herder die Individualität der großen Kollektivmächte, der Volks- und Zeitgeister entdeckte, während gleichzeitig die nationalen Individualitäten im Zeitalter der Französischen Revolution auf das Intensivste geschichtsmächtig geworden sind. Sie haben so der Bewegung des Denkens die reale Grundlage gegeben, wie umgekehrt nicht zufällig die Idee der Nation am Beginn des historischen, des 19. Jahrhunderts steht. Die Romantik hat vollends den nationalen Staat als überpersönliche Individualität verklärt, zunächst noch in naiver, vegetativer Einheit mit den Persönlichkeitsidealen des Neuhumanismus, mit dem Christentum und einer allgemeinen weltbürgerlichen Stimmung⁹⁾. In Ranke tritt uns schließlich der Staat entgegen als das Real-Geistige, das Eigenes ist und doch seine Bestimmung auch darin findet, daß es ein Glied der Staatengemeinschaft bildet. Dieses individualisierende Denken will konkret sein und meidet die begriffliche Zuspitzung. Es muß vieles noch im Schwebenden lassen; das komplizierte und spannungsreiche Verhältnis von nationalem und historischem Staat ist ungeklärt. Die verschiedenartigen historischen Individualitäten Staat und Nation gehen wachstümlich ineinander über, und die so neu entstehenden politischen Potenzen tragen gerade in ihrem jeweils individuellen Charakter zugleich einen universalen Anspruch in sich.

Die Vorstellung der Nation als einer Individualität, die aus eigener Spontaneität sich frei entfalten und ihr Wesen ausbilden sollte, war wiederum wie der Konservativismus politisches und historisches Denken zugleich. Man könnte vermuten, daß es gerade die Kategorie der Individualität war, die die Brücke vom Konservativismus eines der feudalen Gesellschaft verhafteten Staatsdenkens zum modernen Nationalstaat hat schlagen helfen. Er erwies sich als dynamische Kraft stärkster Art, die sich das Rationale und Liberale auch der bürgerlichen Welt einzubauen wußte. Durch Vermittlung des historischen Denkens aber war in ihm auch die Kontinuität von konservativer und bürgerlicher Welt gesichert.

8) Für die methodischen Kategorien des Historismus s. den gleichlautenden Aufsatz von Karl Mannheim, *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 1924. Dazu auf Mannheim aufbauend der Versuch des Verfassers, auch in veränderter sozialer Umwelt relevante Aspekte der politischen Prinzipien des Historismus freizulegen. Vgl. den Artikel *Historismus* im *Fischer-Lexikon*, Band *Geschichte*. Frankfurt/M. 1961.

9) Vgl. dazu Franz Schnabel, *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert* Bd. I, 5. Aufl., Freiburg 1959, S. 303 ff.

Die deutsche Historie wurde so zur Wissenschaft vom Nationalstaat. Wer seine Geschichte erforschte, beteiligte sich zugleich aktiv an seiner Herstellung, nicht zuletzt dadurch, daß er ihn als Ziel des geschichtlichen Prozesses auffaßte und lehrte. Nach dem Scheitern eines nationalen und zugleich liberalen Staates in der Revolution von 1848 waren zwar seine bürgerlichen Befürworter, zu denen auch Deutschlands führende Historiker Droysen, Dahlmann und Waitz zählten, entmutigt einen Schritt zurückgetreten. Sie hatten damit teil an dem neuen Realismus der 50er Jahre. Aber sie ließen nicht ab vom Ziele der nationalen Einheit, nur setzten sie jetzt für ihre Verwirklichung auf die Macht des preussischen Staates. Die Historiker der kleindeutschen oder borussischen Geschichtsauffassung reihten sich ein in den Dienst an dieser Zukunftsaufgabe deutscher Politik, indem sie sich durch die Art ihrer Interpretation der Vergangenheit an jenem Erziehungsprozeß beteiligten, der im Geistigen die Einheit vorbereitete, die der preussische Staat dann vollziehen sollte. Auf die sogenannte politische Schule deutscher Geschichtsschreibung ist das Wort von den deutschen Geschichtswissenschaftlern gemünzt, deren Werk die deutsche Einigungsbewegung gewesen ist.

Solche nationalpolitische Aktivität mußte freilich Zug um Zug jene universalen Bindungen auflösen, die Rankes historisches Denken noch besessen hatte und die es in den politischen Aspekten nicht pointiert auf die Entscheidungen des Tages zugespitzt sein ließ. Jetzt schien Ranke nur noch als Schöpfer der historischen Methode interessant. Man tadelte seine Neigung zum bloßen Betrachten der Geschichte, die anscheinend ohne politischen Aktivismus und preussischen Tatwillen war. Ihm „traten die stürmenden, der Gegenwart und Zukunft verschriebenen jüngeren Kräfte entgegen, die Leben schaffen und nicht in erster Linie anschauen wollten und denen die Nationalgeschichte als Ansporn zur Neugestaltung des Staates höher stand als die Universalgeschichte, die schaffenden Männer höher als die geistigen Tendenzen. Es war ein deutsches und preussisch-patriotisches, bürgerlich protestantisches Element, das einen politischen Rückschlag auch gegen die Ideologie des Altliberalismus und seine Selbstwirkung des Geistes darstellt¹⁰⁾“. Die Geschichtswissenschaft wollte Politische Wissenschaft in dem Sinne sein, daß sie das auf die nationale Einheit zielende politische Handeln vorausdachte.

Die kleindeutsche Geschichtsschreibung vermißte an Ranke die Entschiedenheit des Eintretens für den zu verwirklichenden Nationalstaat und beklagte deshalb in seiner Geschichtsschreibung das Fehlen eines „eigentlich“ politischen Impulses. Auch die Geschichte der Jurisprudenz kennt den Stilwandel, den die wissenschaftliche Bemühung in Deutschland nach 1848 erfuhr. Rudolf Iherings „Kampf ums Recht“ hebt sich deutlich von dem stillen Rechtswerden der Historischen

6) Friedrich Meinecke, *Die Entstehung des Historismus*. Darmstadt 1960.

7) Für diese Zusammenhänge s. Mannheim, *Das konservative Denken*. A. a. O., S. 5.

10) Heinrich v. Srbik, *Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart*. Bd. I, München 1950, S. 361.

Schule ab. Wer in dieser Entwicklung bedauern möchte, wie sehr sie Rankes weiten Blick einschränkte, soll zugleich die Gewinne nicht übersehen. Das nunmehr primär nationale Arbeitsgebiet erfuhr eine Verbreiterung und Vertiefung durch stärkere Berücksichtigung des Rechtes, der Verfassung, der Wirtschafts- und Soziallage und der Parteiengeschichte. Dies alles stand in lebendigster Beziehung zur Politik und erfuhr aus ihr den stärksten Antrieb, wie umgekehrt die politischen Historiker den Rang der Geschichtswissenschaft bedeutsam zu heben vermochten. Friedrich Meinecke hat deshalb das Zeitalter der Sybel und Treitschke als das goldene der deutschen Geschichtswissenschaft bezeichnet. Sein eigenes Buch von 1908, *Weltbürgertum und Nationalstaat*, hat jene von der politischen Historie mit vollzogene Loslösung des Nationalen aus der universalen Stimmung Rankes noch als Befreiung zum Menschlichen gefeiert. Der deutsche Nationalstaat trug in sich nicht nur einen politischen Anspruch: er war zugleich die Synthese aller individuellen, sittlichen und geistigen Kräfte.

Diese positive Deutung der kleindeutschen Geschichtsschreibung muß gegen ein naheliegendes Mißverständnis abgeschirmt werden. Wenn wir auch sicher sein dürfen, in der nationalen Historie den Hauptstrang der deutschen Geschichtswissenschaft zwischen 1850 und 1890 zu erfassen, eine Gleichsetzung beider wäre eine unzulässige Vereinfachung. Man braucht nur daran zu erinnern, daß sie politisch wie wissenschaftlich nicht ohne Widerspruch blieb und eine großdeutsche Richtung ihr vor allem im katholischen Deutschland entgegentrat, für die die Namen Julius Ficker und Ignatz Döllinger stellvertretend stehen mögen. Es muß auch angemerkt werden, daß nach der methodischen Sicherung der Geschichtswissenschaft durch Ranke und Droysen ein breiter Gürtel der Gelehrsamkeit sich einer Historie anlagerte, die eine politische Aufgabe zu erfüllen bestrebt war. Der unlängst verstorbene Walter Goetz hat einmal in einem Vortrag über die deutsche Geschichtsschreibung und die Nation nachdrücklich darauf hingewiesen, daß klein- und großdeutsche Schule mit wertvoller Arbeit im Lager der reinen Wissenschaft gestanden hätten, die demnach auch übrigbleibe, wenn man das Historisch-Publizistische abziehe¹¹⁾. Es gab daneben auch noch eine große Zahl Historiker, die mit großen Quellensammlungen und der Erforschung der Tatsächlichkeiten befaßt waren, mit dem, was Droysen die Kritik des Richtigen nannte. In alledem schien ein großer Teil der Geschichts-

schreibung nicht oder nur wenig von aktueller Politik berührt. Das gilt auch für die selbständige kulturgeschichtliche Richtung eines Jakob Burckhardt und eines Wilhelm Heinrich Riehl, die ebenfalls sich nicht unter den klein- oder großdeutschen Zusammenhang von Geschichte und Politik subsumieren lassen, die freilich im Falle Burckhardts ebenfalls aus politischen, wenn auch anders motivierten Impulsen lebte.

Der breite Gürtel der Gelehrsamkeit, der sich der Geschichtswissenschaft anlagerte, als sie sich im akademischen Bereich institutionell befestigt und etabliert hatte, verweist auf eine Spannung, auf die man in der Deutung der deutschen Historiographie immer wieder stößt. Geschichte ist nur von einem Teil der Historiker als Politische Wissenschaft verstanden worden, vor allem von denen, die wie etwa Treitschke an ein breiteres Publikum sich wandten und weit über die Grenzen des eigenen Fachgebietes hinaus wirkten. Das Antiquarische behauptete daneben seinen Platz, und niemand wird leugnen können, daß es eine notwendige Funktion nicht nur im wissenschaftlichen Betrieb erfüllte. Seitdem uns die Gefährdungen einer naiven Identifizierung von historischem und politischem Denken offenbar geworden sind, wird man die Korrektur nicht für unnötig halten, die durch die im stilleren wirkenden Antiquarier unübersehbar gegeben wird. Man mag darüber streiten, ob der Bildungswert des Anhäufens großer historischer Stoffmassen ein großer ist. Man könnte geneigt sein, hier im Nietzsche eher eine Lähmung aller lebendigen Kräfte zu vermuten. Der Wahrheitsfanatismus aber, auch wenn er nur ein positivistisch vordergründiger ist, ist doch ein Anteil-Element gegen die leichte Verführbarkeit derer, die die Geschichte um der Gegenwart willen trieben und betreiben. Insofern wird auch von einer Geschichte als Politischer Wissenschaft her das, was an Richtigem und Bleibendem durch die andere Strömung der Historie geschaffen wurde, keineswegs unterschätzt werden dürfen. Freilich, sofort wenn der Übergang von der einzelnen Tatsächlichkeit zum Zusammenhang der Fakten und damit zu ihrer Deutung getan wird, stellt sich das perspektivische Problem und erweist sich die Standortgebundenheit des Historikers, und damit auch seine politische Qualität. Kaum je ist ein geschichtliches Bild großen Stils für den Historiker möglich gewesen, ohne daß er selbst mit aller Entschiedenheit sich dem Lebensgefühl seiner eigenen Gegenwart zugehörig wußte und aus der lebendigen Anschauung der Gegenwart heraus, und bewegt von ihr, Geschichte schrieb. Nur im Erfassen des Zusammenhangs von Geschichte und Politik kann zugleich auch der pädagogische Auftrag erfüllt werden, den die Geschichtswissenschaft als Weg zur Standortbestimmung der Gegenwart zweifellos besitzt. Beschreitet man ihn, dann reiht sich auch der Historiker in die Front derer ein, die prinzipiell von der Wissenschaft ein Mit- und Vorausdenken des menschlichen Handelns verlangen. Seine Disziplin muß so notwendig eine politische werden. Es ist ein nicht geringes Verdienst der Historiographie der Droysen, Sybel und Treitschke, der deutschen Geschichtswissen-

schaft diesen pädagogischen und politischen Charakter mit auf den Weg gegeben zu haben. Durch sie ist eine Tradition begründet worden, die im grundsätzlichen genausowenig aufgegeben werden kann wie die historische Methode und die Kritik des Richtigen.

Man wird heute im Rückblick geneigt sein, gegenüber den offenkundigen Leistungen und Impulsen dieser nationalstaatlichen deutschen Geschichtswissenschaft, die sie gerade der Einseitigkeit ihrer Perspektiven verdankt, ihre Mängel und Gefährdungen stärker hervorzuheben. So hat schon Friedrich Meinecke im kritischen Rückblick davon gesprochen, daß der neu ersehnte monarchisch liberale Nationalstaat fast als ein absoluter Wert behandelt worden sei, zwar zu diesem Zeitpunkt noch nicht über alle Lebenswerte hinaus — das blieb der späteren biologistischen Umdeutung des Nationalstaates vorbehalten —, aber doch immerhin gegenüber den sonstigen politischen Werten, Formen und Möglichkeiten als überlegen erschien. „Eine tatsächlich vorhandene, mächtige und lebensvolle Tendenz der deutschen Geschichte geriet in Gefahr, übermäßig kanonisiert zu werden und den unbefangenen historischen Blick für alles übrige geschichtliche Leben zu trüben . . . Die ‚politischen Historiker‘ vermochten es nicht, zur vollen Empfänglichkeit und Gerechtigkeit für diejenigen geschichtlichen Bildungen zu gelangen, die jenseits der Sphäre ihres politischen Ideals lagen.“¹²⁾

Auch mußte die enge Bindung der wissenschaftlichen Zielsetzungen an eine politische Aufgabe deren Erledigung durch die Reichsgründung zur Ursache eines neuen, aber andersartigen Ungnügens machen. Friedrich Meinecke hat in seinem Essay über Droysen in meisterhafter Kürze die neue Problematik der Geschichtswissenschaft geschildert. Die Erfüllung der nationalen Hoffnungen durch die Bismarcksche Reichsgründung schuf für die deutsche Geschichtsschreibung eine kritische Situation, die er selbst in seiner Jugend dunkel gefühlt habe. Meinecke berichtet, wie Sybel das Ungenügen auf der Höhe des Sieges einmal blitzartig empfunden habe. „Wie wird man nachher leben?“, schrieb er am 27. Januar 1871, „woher soll man seinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen?“¹³⁾

Es erwies sich gerade in der Krise, daß das politische Vorausdenken der eigentlich schöpferische Impuls des historischen Arbeitens gewesen war. Die offene, aber normativ gesetzte Zukunft vermittelte auch die den Rückblick konstituierende Kategorie. Politische Sehnsucht und Hoffnung beflügelten anders als der Genuß erreichter Wünsche. Zwar meinte Meinecke, daß in den ersten Jahren des nationalen Daseins die großen, noch lebenden Historiker die Höhenlinie noch einzuhalten vermocht hätten, getragen von ihrer in den Jahren des nationalen Darbens erwachsenen Schwungkraft. Aber den Nachwuchs sah Meinecke von der Frage gepeinigt, ob noch

11) Walter Goetz, *Historiker in meiner Zeit. Gesammelte Aufsätze*. Köln—Graz 1957, S. 98. Diese Äußerung von Goetz kann man als Beschreibung gelten lassen, wenn nicht Wertungen derart damit verbunden sind, als habe eine reine einer unreinen Wissenschaft gegenübergestanden. Was die politische Geschichtsschreibung an faktologischer Gelehrsamkeit lieferte, war Ausfluß eines politischen Impulses und wäre ohne ihn nicht denkbar gewesen. Die Wertung rein-unrein ist deshalb mißverständlich, weil es scheinen könnte, als wäre Gelehrsamkeit nur gegeben, wenn die Perspektivität des Gelehrten ausgeklammert ist; während es sich in Wahrheit um zwei Formen einander bedingender und sich gegenseitig ergänzender Gelehrsamkeit handelt.

12) Friedrich Meinecke, *Schaffender Spiegel*. Stuttgart 1948, S. 150 f.

13) Ebenda S. 147.

etwas anderes als Epigonenkunst möglich sei: „Wie man aber auch die Leistungen und die Aussichten der letzten Generation deutscher Geschichtswissenschaft einschätzen möge, es bleibt dabei, daß sie ein gewisses starkes Etwas nicht gehabt haben, was den Generationen von Ranke bis Treitschke eigen war, jenes eigentümliche Vitamin, das durch die damalige Symbiose von Wissenschaft und Politik erzeugt wurde und in der politischen Luft seit 1871 nicht mehr voll gedieh. Um es etwas kraß auszudrücken, es begann Laboratoriumsgeschmack anzunehmen. Denn die bloße Pflege überlieferter und erfüllter politischer Ideale, mochte sie in noch so treuer und warmer Gesinnung erfolgen, drohte zur Konvention herabzusinken, und die strengere Methodik, die sich jetzt verbreitete, konnte aus sich heraus neue Ideen nicht erzeugen. Die im großen formende, gestaltende und beseelende Kraft der Älteren ist unerreicht geblieben. Dem goldenen Zeitalter der deutschen Historie ist ein silbernes Zeitalter gefolgt.“¹⁴⁾

Unsere Fragestellung legt es nahe, die epigonale Situation der Nachfolger Treitschkes aus dem Fehlen eines auf die Gestaltung der Zukunft drängenden und die historische Bemühung motivierenden politischen Impulses zu erklären. Der geschichtlichen Betrachtung war jetzt von den eigenen Zukunftserwartungen her keine vorausdenkende Aufgabe mehr gestellt, wie hoch auch inzwischen sich die methodische und formale Tüchtigkeit gesteigert hatte. Noch deutlicher und aggressiver hat Walter Hofer die Kritik an den Epigonen vorgetragen¹⁵⁾. Im Gegensatz zu Meinecke behauptet er, das politische Zentrum fehle den Epigonen keineswegs, es habe sich vielmehr so verabsolutiert, daß andere Werte und Zentren überhaupt nicht mehr in das Blickfeld gekommen seien. Die Wirkung auf die geistige Produktion ist aber für Hofer wie für Meinecke dieselbe. Hofer beklagt den Verlust kritischer Maßstäbe des Mitdenkens, wie des Willens, von der Gegenwart aus reale Utopien für die Zukunft zu entwickeln. Die Geschichte verlor den Charakter einer politischen Wissenschaft und begann statt dessen zur bloßen Magd herrschender Kräfte und Tendenzen zu werden. Ihre kritische Funktion gegenüber aktuellen politischen Entscheidungen und ihre Orientierung an einer Zielvorstellung universal begründeter Art war verloren gegangen. „So verengte sich der universalistische Aspekt der Rankeschen Geschichtskonzeption im Verlauf der Jahrzehnte immer mehr zu einem nationalistischen Geschichtsbild, in welchem der Sinnbezug des Nationalen auf ein höheres Allgemeines zusehends fehlte. Auch hier ging die Proportion verloren. Macht, Ansehen und Prestige der Nation wurden oberste Werte, denen alle sittlichen, geistigen und kulturellen Werte und Lebensfunktionen untergeordnet erschienen. Das deutsche Geschichtsbild wurde germanozentrisch. Das historische Denken verriegelte sich zusehends das tiefere Verständnis für die Mentalität und

Lebensweise anderer Völker, und dadurch wurde auch die Anerkennung der Lebensrechte anderer Völker immer schwieriger. Statt sich gegenseitig zur Weitung des Horizontes anzuregen, bestätigten sich Geschichtsdanken und politisches Handeln in der Verabsolutierung des nationalen Daseins und Anspruchs.“ Hofer bestimmt das Epigontum der nächsten Generation mit der Absolutheit der drei Potenzen Nationalismus, Militarismus und Imperialismus und spitzt die Kritik an der deutschen Geschichtswissenschaft der Jahrhundertwende zur Anklage der Verantwortungslosigkeit und des Illusionismus zu.

Das berührt sich mit geläufigen Charakterisierungen des Wilhelminischen Deutschlands. So hat etwa eine neue amerikanische Veröffentlichung von Gordon A. Craig Holstein, Bülow und Kiderlen-Wächter dem Meister und Maßstab Bismarck gegenüber gestellt¹⁶⁾. Verglichen mit ihm erscheinen diese „Epigonen“ nach Talent, Charakter und Leistung eindeutig als minderwertig. Der Zusammenhang dieser Vorstellung von politischem Epigontum mit der Annahme des Schwindens schöpferischer Potenzen im Bereich des politischen Denkens liegt auf der Hand. Aber ist die Charakterisierung einer ganzen Generation als Epigonen wirklich eine realistische? Die Antwort verlangt, das Verhältnis von Geschichtsschreibung und Politik in den Jahrzehnten vor 1914 einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Vor allem die Frage, ob es in der deutschen Historie nach 1890 ein Zentrum politischen Willens gegeben hat und in welcher Weise von ihm aus ein Vorausdenken politischer Entscheidungen möglich war, mußte aufmerksam bedacht werden. Könnte es nicht sein, daß sich die Art dieses Zentrums gegenüber der vorausgehenden Generation nur verwandelt hat und man es deshalb in seiner Intensität unterschätzt, wenn man es nur an der früheren Generation mißt? Könnten die politischen Kategorien der Geschichtswissenschaft um 1900 nicht einfach andere geworden sein und müßten sie nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit für ihre Gegenwart und nicht nach der für die vorhergehende Zeit beurteilt werden?

III.

Es empfiehlt sich, die Antwort dadurch zu versuchen, daß das Werk eines der führenden Historiker der neuen Generation in seiner Ergiebigkeit für das hier aufgeworfene Thema befragt wird. Als Inhaber eines der angesehensten historischen Lehrstühle jener Zeit lehrte in Berlin Max Lenz. Er hatte als 20jähriger die Reichsgründung erlebt, und er war der Schüler eines der Führenden der politischen Schule gewesen, Heinrich von Sybels. Er hatte über Luther, Wallenstein, Napoleon und Bismarck gehandelt, und Heinrich von Srbik hat ihn nicht nur in seiner wissenschaftlichen Originalität, sondern gerade auch als typische Erscheinung innerhalb der geistig führenden Historikerschicht im zweiten Reich vor und nach der Jahr-

hundertwende hoch bewertet¹⁷⁾. Gerade dies Repräsentative macht ihn in unserem Zusammenhang besonders interessant. Zur näheren Bestimmung seiner politischen Position sei der 1900 erschienene Essay „Die großen Mächte“ genauer analysiert.

Schon der Titel, der auf Rankes Vorbild verweist, enthält ein Programm, das der kleindeutschen Schule der Sybel und Treitschke vorhielt, daß der deutschen Geschichtswissenschaft in der nationalen Verengung ihres Blickpunktes etwas Wichtiges verloren gegangen sei, nämlich Rankes universales, der romanisch-germanischen Staatengemeinschaft gewidmetes Denken. Lenz fordert deshalb jetzt den bewußten Rückgriff auf den Altmeister und damit die Öffnung des weltpolitischen Horizontes. In solchem Bemühen bezeichnet er sich selbst bescheiden als einen Epigonen Rankes.

Lenz sucht zunächst Klarheit darüber, was es für sein Verhältnis zur politischen Historie Sybels und Treitschkes bedeuten müsse, wenn er den Großvater anziehender finde als die Väter. Selbstverständlich bejaht auch Lenz die nationale Erziehungsaufgabe, die von den Vätern geleistet worden ist. „Hier finden auch Rankes Schüler, die ihren Meister verließen und ihre Muse in den unmittelbaren Dienst der nationalen Idee stellten, ihre Rechtfertigung. Mochten auch die Kämpfe des Tages, in denen sie als die Führer voranstritten, ihr Urteil befangen machen, dennoch zeigte sich der Wille, der sie beseelte, blind wie er war, allein imstande, die Wege anzuzeigen und zu eröffnen, auf denen die Nation ihrer Macht und Einheit stürmisch entgegendrängte. Wir Nachgeborenen aber haben wahrlich wenig Ursache, auf unsere bessere Einsicht in die Bedingungen historischen Wachstums stolz zu sein, da wir ja selbst nicht durch eigene Kraft, sondern nur wieder durch die Macht der Tatsachen, die historische Entwicklung dahin gelangt sind. Das Reich mußte gegründet sein, ehe der Sinn für die Wirklichkeit, das rechte Augenmaß für die Realitäten auch der Vergangenheit gegenüber neu erwachen konnte. Das Verdienst daran hat mehr noch Bismarck als Ranke selbst. Solange die Nation im Kampfe für ihre höchsten Güter stand, mußte die objektive Historie zurücktreten; als der Sieg erfochten war, kam sie von selbst hervor. Die Leidenschaften haben sich gelegt, und so können wir wieder Gerechtigkeit üben.“¹⁸⁾

Hofers und Craigs Vorwürfe gegen die Epigonen haben sich also für Lenz geradezu umgekehrt. Erst die Epigonen gewinnen für ihn das Augenmaß und die Proportionen wieder, welche die Gründergeneration nicht besaß und nicht besitzen konnte. Von Lenz aus betrachtet mutet demnach die nationalstaatliche Verengung der historischen Perspektive naiv an und die Väter haben es gerade an kritischem Mitdenken ihrer politischen Aspirationen fehlen lassen. Nachdem nun die nationale Gärung sich beruhigt habe,

14) Ebenda S. 148.

15) Walter Hofer, *Geschichte zwischen Philosophie und Politik*, Basel 1956, S. 30 f.

16) Gordon A. Craig, *From Bismarck to Adenauer. Aspects of German Statecraft*, Baltimore 1958, S. 32.

17) Heinrich v. Srbik, *Geist und Geschichte*, Bd. II, S. 6 ff.

18) Max Lenz, *Die großen Mächte. Ein Rückblick auf unser Jahrhundert*, Berlin 1900, S. 25 f.

könne man wieder distanziert urteilen, was der leidenschaftliche Zorn eines Treitschke nicht vermocht hätte. Sehr unmittelbar wirkte sich eine solche abstandnehmende Haltung beim Geschichtsschreiber Lenz aus, z. B. in seiner Napoleondeutung. Er hat gegen Max Duncker, einen Vertreter der kleindeutschen Schule, Rankes Urteil übernommen und ohne nationalistische Blickfesselung in dem Korsen nicht die „Eroberungsbestie, auf den Augenblick lauernd, wo sie einen nach dem andern seiner Nachbarn verschlingen könne“, gesehen. Wie Ranke sah er „das größte Weltverhältnis, in welchem sich Napoleon überhaupt bewegte, im Kampf gegen England und den Zusammenhang desselben mit den kontinentalen Angelegenheiten.“¹⁹⁾ Gerechtigkeit üben heißt so für Lenz zu Ranke zurückkehren und weltpolitisch denken und so zugleich die deutsche Frage wieder als Problem der europäischen Staatenkonstellation erfassen.

Diese Wendung der Lenzschen Argumentation läßt aufhorchen. Man muß sie zusammennemen mit den realen Veränderungen der deutschen politischen Situation seit dem Abgang Bismarcks, die entscheidend mitbedingt waren durch die Ausbildung einer allgemeinen imperialistischen Stimmung. Im Ausgreifen Deutschlands in die Welt sah eine neue Generation, die sich des deutschen Nationalstaats und seiner Kraft sicher war, den eigenen Impuls, mit dem das Schicksal des Epigontums abgewendet werden konnte. Für die historische Wissenschaft war damit eine neue Perspektive gegeben, die im Willen, die eigene nationale Zukunft auch in den Strudeln der Weltpolitik zu meistern, die Vergangenheit neu und anders ins Bewußtsein treten ließ. Lenz steht damit im Zusammenhang mit den allgemeinen Tendenzen und Bedürfnissen der Jahrhundertwende, die der junge Freiburg' r Professor Max Weber in seiner Antrittsvorlesung so beredt geschildert hat. Auch er sah, nachdem die Einheit der Nation errungen war, einen eigenartigen unhistorischen und unpolitischen Geist sich entwickeln²⁰⁾. „Die Bescheidenheit verbot ja — so schien es — der Weltgeschichte, zur Tagesordnung ihres alltäglichen Verlaufs überzugehen über die Erfolge der deutschen Nation. Heute sind wir nüchtern geworden, es ziemt uns der Versuch, den Schleier der Illusionen zu lüften, der uns die Stellung unserer Generation in der historischen Entwicklung des Vaterlandes verhüllt. Und es scheint mir, daß wir dann anders urteilen . . . Entscheidend ist auch für unsere Entwicklung, ob eine große Politik uns wieder die Bedeutung der großen politischen Machtfragen vor Augen zu stellen vermag. Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß

und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte.“²¹⁾

Was Weber für die deutsche Politik forderte, erkennt Lenz jetzt geradezu als allgemeines Prinzip des geschichtlichen Lebens. „Denn das ist die Erscheinung, welche in der Politik der großen Mächte seit dem französischen Kriege die sichtbarste ist und heute die Blicke der Welt gefesselt hält. Gegeneinander sind sie in Ruhe geblieben: wo sie aber die Arme frei regen konnten, haben sie auf das Gewaltigste um sich gegriffen.“²²⁾ Deswegen würde der deutsche Nationalstaat auch erst in seiner Fähigkeit, in die Weltpolitik auszugreifen, sich als wirklich gegründet und stabilisiert erwiesen haben. Den Bismarckschen Status quo zu bewahren, genügte weder angesichts des Kraftgefühls der jungen Generation noch in Anbetracht der weltpolitischen Konkurrenz der großen Mächte mit ihren gewissermaßen natürlichen Expansionstendenzen, die auf alle Fälle den Status quo verändern mußten. „Von hier aus müssen wir den Kämpfen entgegenblicken, die nicht ausbleiben werden, sobald erst die Nationen, die sich heute noch der rastlosen Energie unserer auf dem Grunde der romanisch-germanischen Welt erwachsenen Zivilisation machtlos ergeben, durch den Stoß, den sie von außen erhalten, aus ihrer Lethargie erwachen und sich auf ihre alten Grundlagen besinnen werden, um aus sich heraus die Organe zu schaffen, welche ihnen einen Halt in den Weltkämpfen der Zukunft geben sollen. Das wird erst das rechte Exempel werden auf die Echtheit unserer Macht, auf die Zukunft unserer Kultur, an die wir glauben, auf deren Ewigkeit wir hoffen.“²³⁾ Lenz war nicht im Zweifel, daß das Deutsche Reich die Bewährungsprobe der Weltpolitik bestehen werde. Er hoffte, wie er sich ausdrückte, daß die nationale Blutwelle täglich kräftiger durch die Adern rinnen und alle Glieder der Nation mehr und mehr von dem Gemeingefühl, das die gleichen Schicksale und Ziele ausbildeten, durchdrungen würden.

Lenz sah dabei wohl die schweren sozialen Spannungen des deutschen Kaiserreiches. Aber so wie einst der deutsche Liberalismus in seinem prinzipiellen Gehalt, den Lenz mit Ranke und Bismarck als Doktrin, bloßen Bedürfnissen des inneren Staatslebens entstammen, auffaßte, durch den Sieg des Reichsgedankens den Interessen des Staates sich untergeordnet habe, so würde auch die neue Doktrin der Sozialdemokratie und des Zentrums unter die neue weltpolitische Aufgabenstellung subsumiert werden²⁴⁾. „Der Kraftentwicklung der großen Nation hat der innere Unfriede keinen Eintrag getan. Man könnte wohl eher im Gegenteil sagen, daß dort, wo die Massen durch die staatlichen Interessen besonders tief gepackt sind und ihren

Willen wiederum zur Geltung bringen dürfen, die Kraft am konzentriertesten und die Bewegungsfreiheit am größten ist. Und ohne Frage hängt beides zusammen: der Gesamtwille muß bis in die Tiefe des Staates reichen, damit die moralische Energie, die in ihm lebt, sich um so freier rege und er alle seine Kräfte, Stärke nach innen und außen, entwickeln könne. Voraussetzung ist nur, daß das oberste Prinzip des Staates, sein Wille, die Unabhängigkeit, seine Stellung in der Welt zu behaupten, lebendig bleibe und von jedermann als leitendes Interesse empfunden und gefördert werde. Wo das der Fall ist, da haben die Parteien an demselben noch immer eine Schranke gefunden, die sie bündigt und ihren Führern und Programmen zum Trotz innerlich verwandelt.“

Auch das ist ein Rückgriff auf Ranke und seine Staatsanschauung, wie sie im Politischen Gespräch den klassischen Ausdruck gefunden hat. Nicht die Parteien machen den Staat aus. Er hat seinen eigenen positiven Inhalt, seine natürliche eigentümliche Tendenz, die er vor allem durchsetzen müsse. Auch die Vorstellung von Lenz, daß die Außenpolitik den Primat haben und die integrierende Kraft in den sozialen Spannungen des deutschen Nationalstaates sein werde, hat seine Wurzel in Rankeschem Denken: „Das Maß der Unabhängigkeit,“ so kennen wir es schon von Ranke, „gibt einem Staate seine Stellung in der Welt; es legt ihm zugleich die Notwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einzurichten, sich zu behaupten. Dies ist sein oberstes Gesetz.“

Die Bewahrung der Unabhängigkeit, einer großen Macht als oberstes Gesetz auferlegt, wies den deutschen Staat hinaus in die Gefährdung und die Konkurrenz der Weltpolitik. Lenz fühlte sich dabei in Einklang mit Ranke, ohne doch zu bemerken, daß unter dem Eindruck des politischen Impulses der eigenen Zeit und den an ihn anknüpfenden politischen Zielvorstellungen einer neuen Generation nicht nur ein Rückgriff, sondern auch eine Neuinterpretation Rankes vollzogen worden war. Ranke hatte seine politischen Kategorien in der Anschauung des europäischen Staatensystems des 17. und 18. Jahrhunderts und unter dem Eindruck seiner nach 1815 anscheinend vollzogenen Restauration gebildet. Nun wurde naiv ihre Anwendbarkeit in einem Weltstaatensystem postuliert, zu dem sich das europäische natürlich zu entwickeln schien. Ein solch innerer Zusammenhang der neuen mit der älteren Situation diente dem historischen Bedürfnis nach Kontinuität und mochte für das Kraftgefühl der neuen Zeit die Vorstellung abwehren, daß man, wenn die Bismarckschen Dämme durchstoßen wurden, abenteuerlich zu einer sizilischen Expedition aufbreche.

Es wäre auf dem Wege, den Ludwig Dehios Aufsatz über Ranke und den deutschen Imperialismus vorgezeichnet hat²⁵⁾ leicht zu zeigen, daß Max Lenz seine politischen Wunschbilder und Maßstäbe weitgehend mit seinen Kollegen ge-

19) Heinrich von Srbik, Geist und Geschichte. Bd. II, S. 7.

20) Das Nebeneinander von unhistorisch und unpolitisch bezeugt einmal mehr, wie eng auch Max Weber den Zusammenhang von historischem und politischem Denken gesehen hat. Eines bedingte das andere.

21) Max Weber, Gesammelte politische Schriften. Tübingen 1958, S. 21 und 22.

22) Max Lenz, Große Mächte. S. 145.

23) Ebenda S. 157.

24) Ebenda S. 139 f.

Auch dabei ist die Berührung mit Weber offenkundig, für den ja ebenfalls die Weltpolitik das eigentliche Instrument der inneren Integration sein sollte.

25) Ludwig Dehio, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert. München 1955, S. 37 ff.

teilt hat. Sie können in der Tat als repräsentativ für den neuen politischen imperialistischen Anlauf der Jahrhundertwende gelten, durch den sich Geschichtsschreibung und Politik gleichermaßen vom Fluch des Epigonentums zu befreien suchten. Es ist heute offenbar, wie sehr Scharfsinn und Blindheit im politischen Denken der deutschen Geschichtswissenschaft um 1900 im Gemenge lagen. Ein Sinn für die elementaren Kräfte der Weltpolitik mit ihrem sich offenbar immer wieder neu einstellenden Pluralismus weltpolitischer Potenzen verband sich mit einer merkwürdigen Befangenheit gegenüber den Fundamenten der eigenen politischen Lage. Die Güte des Vorausdenkens wird gewiß daran zu messen sein, wieweit es die Proportionen zu wahren versteht, die der handelnde Politiker immer in Gefahr ist zu verlieren. Daß die deutsche Geschichtswissenschaft einem solchen Postulat nicht zu genügen vermochte, lag nicht zuletzt daran, daß sie versäumte, zugleich mit dem Erweitern der europäischen Staatengemeinschaft in ein Weltstaatensystem die Kategorie der nationalstaatlichen Individualität einer kritischen Behandlung zu unterziehen, und statt dessen einem naiven Verabsolutierungsprozeß verfiel. Das Ausbleiben einer solchen kritischen Reflektion über die eigenen politischen Prämissen ließ andersartige Entwicklungen, die im Fortschritt der industriellen Revolution Staat und Gesellschaft einem radikalen Verwandlungsprozeß unterzogen, nicht genügend bemerken und verleitete dazu, den Gedanken einer natürlichen Teilhabe der Nation an der Weltpolitik ohne Prüfung ihrer innerstaatlichen Grundlagen und ohne wachen Sinn für ihre Problematik zu vertreten. Je weniger das politische Handeln objektiv aus nationalstaatlichen Impulsen im Sinne der Generation Treitschkes sich bestimmte, um so mehr verlor die Geschichtswissenschaft ihren Rang als effektive politische Wissenschaft. Während tatsächlich die nationalstaatlichen Loyalitäten angesichts der sozialistischen Provokation gegenüber dem traditionellen politischen Denken eine erste Belastung erlebten, fehlten für diese Vorgänge in der deutschen Historie die adäquaten Maßstäbe der Beurteilung. Es ist nicht zufällig, daß jetzt die Soziologie, wie die empirische Sozialwissenschaft überhaupt, stärker einen politischen Auftrag zu erfüllen vermochte. Vom Historismus zur Soziologie, so müßte man sagen, sei das politische Zentrum des wissenschaftlichen Vorausdenkens gewandert, und es ist nicht zufällig, daß auch die Methoden historischer Betrachtung von dieser Bewegung betroffen wurden²⁶⁾.

IV.

Die Krise des Nationalstaates, die der erste Weltkrieg offenbar machte, hat angesichts der engen Bindung des historischen an das nationalstaatliche Denken auch zu einer schweren Krise der deutschen Geschichtswissenschaft geführt, die sich bis heute nur mühsam aus dem historisch gewachsenen Zusammenhang mit der deutschen Nationalbewegung zu befreien vermag.

Die große und zunehmende Bedeutung der Geschichte sozialer Strukturen in der heutigen Historie mag aber als Hinweis dienen, daß sich eine Überwindung des in der Krise befindlichen individualisierenden Denkens abzeichnet, freilich nicht dadurch, daß man darauf verzichten könnte²⁷⁾. In der Beteiligung des Historikers an der Analyse sozialer Strukturen ist zugleich ein neuer Ansatz zum Vorausdenken zukünftiger sozialer Orientierungen des Menschen gegeben und damit wird auch die politische Qualität der Geschichtswissenschaft neu betont. Das historische Denken sucht wieder den Weg zur politischen Erkenntnis. Dabei brauchen die älteren Bestände der historischen Begrifflichkeit keineswegs weggeworfen zu werden, weil sie in neuer Interpretation durchaus auch gegenwärtige politische Tatbestände zu enthüllen vermögen. In der Krise des nationalen Machtstaates sind auch schon für das historische Denken älterer Art bereits zu einem früheren Zeitpunkt Konsequenzen gezogen worden, die zumindest noch angedeutet werden sollen.

Dafür wäre etwa zu verweisen auf den Versuch Friedrich Meineckes, die Hypertrophie des Nationalistischen zu überwinden und auf dem Boden des historischen Staates das Bleibende und politisch Orientierende zu finden. Voraus ging auch hier im Persönlichen die Desillusion durch den ersten Weltkrieg, die bittere Erfahrung der Unfähigkeit des eigenen Volkes und seiner Führung, zu einem auch innerlich gegründeten und konsequenten Nationalstaat zu werden, wohin Meineckes eigene politische Versuche in jener Zeit zielten²⁸⁾. Er erfuhr in den Jahren 1917–18 schmerzlich das einander zugeordnete Mißlingen von Verständigungsfrieden nach außen und sozialer Reform nach innen. „Das frohe Gefühl“, so schrieb er im Mai 1918 in sein Tagebuch, „das ich früher hatte, einen schmalen, aber gangbaren sicheren Grat zu wandeln und alle Machtkämpfe, alles Geistige, das rechts und links auseinander zu fallen schien, in der Tiefe doch einheitlich und mächtig zu wissen, dies Gefühl wankt bei mir jetzt.“

Mit Recht hat man hier den Ansatz jener philosophischen Wendung Meineckes gesehen, den Walter Hofer als Übergang vom objektiven zum dualistischen Idealismus bezeichnet hat²⁹⁾. Idee und Wirklichkeit, Geist und Natur traten auseinander. Rankes Überzeugung, der die Macht als ein geistiges Wesen erschien, konnte jetzt nicht mehr geteilt werden. Der Nationalstaat war nicht mehr die bisher so fest geglaubte Synthese von Geist und Macht. Damit wird für Meinecke ein neuer Ansatz in der Deutung des Staatlichen gewonnen. Der Staat wird das

„Amphibium“, und seine Macht enthüllte sich als urmenschlicher, ja vielleicht animalischer Trieb. Gleichwohl hat die 1924 erschienene „Idee der Staatsräson“ am hohen Wert des Staatlichen festgehalten, und wenn man jetzt auch nicht mehr naiv die Forderung seiner immer entschiedeneren Identifizierung mit dem Nationalen vollziehen konnte, so blieb doch der Triumph der politischen Sittlichkeit im Staat über Partei- und Partikularinteressen, wie ihn die Geburt des modernen Staates aus den Wirren des konfessionellen Zeitalters erkennen läßt.

Man mag es als charakteristisch für den frühen Meinecke ansehen, daß er die Entwicklung der nationalen Individualitäten als Erbe einer großen Tradition historischen Denkens mit naivem Optimismus betrachtete. Jetzt ist das Strahlende und Unbekümmerte verschwunden. Zu deutlich sind die Fehlentwicklungen und Mängel jener Entwicklung offenbar geworden, und jetzt vermag das historische Denken sich nicht einfach mehr mit dem Faktischen zu versöhnen. Für Meinecke, der sich konsequent auf den Boden der Weimarer Republik stellte, als der Staatsform des sozialen Friedens und der politischen Verkörperung des Kompromisses von Arbeiterschaft und Bürgertum, trat nun statt der freudigen Hoffnung auf eine immer vollkommenere Gestalt der eigenen nationalen Gemeinschaft die nüchterne Pflicht zum Erhalten und Bewahren inmitten größter Veränderungen hervor. Wenn der Nationalstaat an seinen eigenen Überzeichnungen zugrunde zu gehen drohte, so wurde es zur Aufgabe des Historikers, auf die Notwendigkeit der Kontinuität hinzuweisen und den historischen Staat als jenes Medium zu begreifen, in dem diese Kontinuität faßbar werden kann. Jenes die zwanziger Jahre Meineckes bestimmende Bedürfnis nach Kontinuität hat freilich in der deutschen Staatskrise seit 1930 sich an die Ära Brüning geklammert, in der die Kontinuität bewahrt schien und in der doch andererseits in einer nicht zu verkennenden Blindheit gegenüber dem Neuen, das 1918 bedeutet hatte, gerade die politischen Errungenschaften der November-Revolution preisgegeben wurden. Meinecke mußte dann erfahren, daß seit 1933 wirklich jene Revolution geschah, die durch Reform des Bestehenden zu verhindern sein Bestreben gewesen war. Alle geheiligten Traditionen seines eigenen Lebens wie des Lebens seines Volkes riß Adolf Hitler mit in den Abgrund, nachdem die Versuche einer in konservativer Partnerschaft unternommenen Disziplinierung des Nationalsozialismus wirkungslos geblieben waren. Meinecke hat in den Jahren der deutschen Katastrophe sein Historismus-Buch geschrieben und darin sich bemüht, Individualität und Kontinuität als Prämissen alles geschichtlichen Denkens auch dann zu postulieren, wenn der Nationalstaat so augenfällig pervertierte.

Meinecke hat damit eine Position vorgeformt, die dem Historiker offensichtlich in einer Welt radikalster Veränderungen in besonderer Weise aufgegeben ist. Er mag sich auf der einen Seite auch in der Moderne bestätigt finden im Erlebnis, daß alles wieder in Fluß geraten sei; er tritt andererseits aber gerade diesen Veränderungen

27) Vgl. in dem hier angeschnittenen Fragenkreis die Artikel Historismus, Historische Methode und Sozialgeschichte im Band Geschichte des Fischer-Lexikons 1961. Darin liegt der Versuch vor, eine Art neohistorischer Position mit der starken Betonung struktureller Ziele und Methoden zu verbinden.

28) Über den Zusammenhang von Geschichtsschreibung und Politik bei Friedrich Meinecke vgl. den entsprechenden Aufsatz des Verfassers in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte, 7. Jahrg. (1959), S. 113 ff.

29) Walter Hofer, Geschichtsschreibung und Weltanschauung, Betrachtungen zum Werk Friedrich Meineckes, München 1950, S. 25 f.

26) Vgl. Carlo Antoni, Vom Historismus zur Soziologie, Stuttgart 1950.

mit der Forderung nach Kontinuität entgegen. In den Bestimmungen, die z. B. Hans Freyer und Hermann Heimpel für die Aufgabe des Historikers in der technischen Welt versucht haben, wird immer wieder auf die Grundprinzipien historischen Denkens der vorausgehenden Generation verwiesen. Es gelte, so sagt Heimpel, einer radersurrenden Zeit ihre Geschichtlichkeit, d. h. ihre Menschlichkeit zu retten³⁰⁾. Ähnlich möchte Hans Freyer durch einen „Rückgriff“ die mächtigen Tendenzen zur Ausbildung „sekundärer Systeme“ hemmen und sieht in der bewußten Geschichtlichkeit des Menschen das große rettende Gegengewicht gegen die Gefahren der technischen Welt³¹⁾. Einmal mehr erweist es sich gerade bei solchen Neuansätzen geschichtlicher Betrachtung in unserer Zeit, daß, wenn auch die naive Bindung des Historikers an den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts aufgegeben werden mußte, der konservative Grund-

zug seines Wesens geblieben ist. Die moderne deutsche Geschichtswissenschaft erhielt ihren entscheidenden Impuls durch den in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts entstehenden Konservatismus. In seinem Geiste ist sie angetreten und hat von daher ihr Gesetz empfangen, unter dem sie bis zum heutigen Tage steht, freilich in einer sehr anderen Weise als vor 150 Jahren. Da die westliche Zivilisation insgesamt in eine konservative Position gedrängt ist, und es gegenwärtig darum geht, die politische Freiheit des Menschen und damit ein wesentliches Stück seiner Menschlichkeit gegen die totalitären Tendenzen und Provokationen zu erhalten, ist die Historie wieder auf dem besten Wege, eine politische Disziplin in dem Sinne zu werden, daß sie den politischen Entscheidungen der Gegenwart vorausdenkt und sie auf ihren zukunftsichernden Wert für eine freiheitliche Lebensordnung gegenüber tödlichen Bedrohungen prüfen möchte. Sie tut das vor allem dadurch, daß sie das politische Handeln an die Tradition der Freiheit und das überlieferte Prinzip der Menschenwürde bindet und in solcher Konti-

nuität den radikalen Vereinfachern und Verführern zu widerstehen sich verpflichtet. Sie ist jedoch darin keine naive politische Disziplin mehr, und sie steht auch in ihrem Auftrag nicht isoliert. Sie ist ein Glied in der Reihe politischer Wissenschaften, die von ihren jeweils verschiedenen Prämissen und Methoden her gemeinsam ihre Pflicht des Vorausdenkens zu erfüllen suchen, da diejenige Form der menschlichen Gemeinschaft, in der sie allesamt allein frei sich entfalten können, auf das äußerste gefährdet ist und ihrer Hilfe bedarf.

Anmerkung:

Waldemar Besson, Dr. phil., o. Prof. für politische Wissenschaften an der Universität Erlangen.
 Fachgebiete: Amerikanische Geschichte und Politik; Weimarer Republik und Nationalsozialismus; Verwaltung und Beamtentum; Deutsche Parteiengeschichte; Methodik von Geschichtswissenschaft und Politik.
 Veröffentlichungen u. a.: Die politische Terminologie Franklin D. Roosevelts, Eine Studie zum Zusammenhang von Sprache und Politik (1955); Von der Bürde und dem Geist Amerikas (1957); Politische Bildung im Zeitalter der Gruppengesellschaft (1958); Zur Frage der Staatsführung in der Weimarer Republik (1959); Friedrich Meinicke und die Weimarer Republik (1959); Württemberg und die deutsche Staatskrise 1929 bis 1933, Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik (1959).

30) Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 5. Jahrg. (1957), S. 17.

31) Theorie des gegenwärtigen Zeitalters. Stuttgart 1955.

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.